



AUS DEM INHALT



Gemeinsam in Vielfalt
Der Integrationsrat

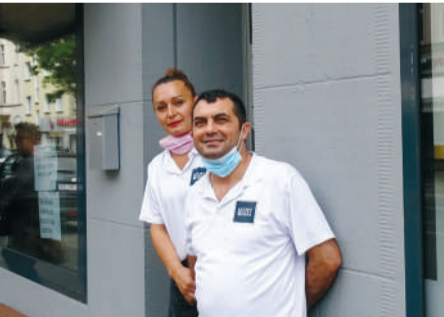
Resolution gegen Rassismus und Diskriminierung

Seite 2



Entschlossenes Vorgehen gegen Rassismus in Deutschland

Seite 4



Unternehmen: Stimmen aus Dortmund

Seite 7



10 Punkte-Papier des VMDO zur Kommunalwahl 2020

Seite 10

... und es ist Sommer

Sommer, καλοκαίρι, лето, xagaaga, majira, mùa hè, verano, estiu, lemo, yaz, الصيف, ljeto, summer, été: der immer wiederkehrende Traum von Ferien, grenzenlosen Urlaubsreisen, Sonne und Schatten, Entspannung, Lebensfreude. Wenn in einigen Jahren die Zeithistoriker auf diesen Sommer 2020 zurückblicken, dann werden sie wahrscheinlich von einem bisher nicht dagewesenen Krisensommer sprechen.

Zu Hause bleiben

Der Corona – Lockdown hat das Leben, das für uns alle vor der Pandemie üblich war, für mehrere Wochen ausgebremst, und wie es weitergeht, ist unklar. Zu befürchten ist, dass negative sozialen Folgen der Corona-Krise die Benachteiligten dieser Gesellschaft besonders hart treffen werden; zu ihnen gehören viele mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. Urlaubsreisen – in den Medien aktuell ein Hauptthema – werden für viele von ihnen dieses Jahr ausfallen müssen: das Geld ist knapp und die Zukunft ungewiss, auch die Reise zu den Verwandten im Herkunftsland wird

in diesem Jahr für viele nicht möglich sein, aus finanziellen Gründen und wegen der nicht aufgehobenen Reisebeschränkungen. *Zu Hause bleiben* ist also für viele angesagt.

Grenzen, Grenzen, Grenzen

Für viele bleiben also die *Grenzen* weiter dicht. Weltweit hatten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Virus eines gemeinsam: Grenzen schließen. In einem Zeitalter, das wir „Globalisierung“ nennen, ein gesundheitspolitischer Nationalismus ohne Beispiel, getragen von der Überzeugung, dass das gefährliche Virus aus

der Fremde und mit Fremden „zu uns“ kommen kann. Dass die Schließung der Grenzen Arbeitsmigrant*innen – wie z.B. die Erntehelfer – und Menschen auf der Flucht besonders trifft, ist nicht verwunderlich: eine zentrale Funktion der nationalen Grenzregimes ist es, jene Menschen abzuwehren, die man nicht haben will. Migration kritisiert faktisch diese Grenzregimes, weil sie *Grenzen überschreitet* und weil migrantisches Leben oftmals auch international ist: Familie und Freunde sind über verschiedene Länder verteilt. Das ist der Grund, warum Migration und vor allem Arbeitsmigration zwar gebraucht und genutzt, aber zugleich mit Misstrauen

beobachtet und begrenzt werden soll.

Weltweit: Corona trifft die besonders hart, die es leider immer trifft

Nun sind Reisen innerhalb der Europäischen Union plus einiger Drittländer wieder möglich, was die weiterbestehende Schließung *nach außen* (manche nennen dies „Festung Europa“) umso deutlicher macht. Die Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Infektionen bei uns – häusliche Isolierung und Abstand – haben vielfältige Hilfsbereitschaft ausgelöst.

Fortsetzung auf Seite 2

Rassismus in Deutschland und die „Black Live Matter“ Bewegung

Am 25. Mai 2020 wurde der 46-jährige Afroamerikaner George Perry Floyd in Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota bei seiner gewaltsamen Festnahme durch die Polizei getötet. In den folgenden Tagen und Wochen kam es in den USA zu den größten Demonstrationen seit Jahren. Schnell wurde in den sozialen Medien der Hashtag „Black Live Matter“ wieder flächendeckend benutzt, welcher seit 2013 international eine Bewegung gegen Rassismus und Polizeigewalt repräsentiert. Diese Bewegung ist dezentral und nicht hierarchisch organisiert. Sie dient unter-



Ein Porträt zum Gedenken an George Floyd im Mauerpark in Berlin von einem Straßenkünstler, Mai 2020

Foto: de.wikipedia.org

schiedlichen Menschen und Bewegungen dazu, auf rassistische Polizeigewalt aufmerksam zu machen.

Fortsetzung auf Seite 3

Die Dortmunder Kulturszene in der Pandemie

Gespräch mit Kulturdezernent Jörg Stüdemann

Anfang Juni stellte die Bundesregierung ein Konjunkturpaket mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro vor, das die Wirtschaft in der Zeit der Corona-Pandemie stützen und den Kommunen, Arbeitnehmern und Selbstständigen eine Hilfe sein soll.

Aber allein 50 Milliarden des Programms gehen in ein Zukunftspaket unter anderem mit steuerlicher Forschungsförderung für die Entwicklung von Quantencomputing und Künstlicher Intelligenz. Auch die verstärkte Nutzung der Wasserstoffenergie und eine Förderung von Elektrofahrzeugen sind Teil des Pakets. Dies ist in erster Linie eine Finanzierung für große Unternehmen und Konzerne, die in diesen Bereichen unterwegs sind.

Für den Kulturbereich sieht das Finanzpaket allerdings nur 1 Milliarde vor, obwohl

gerade dieser Bereich durch die Pandemie am stärksten gebeutelt ist. Die Clubs, die kleinen Theater und Konzertveranstalter, die Künstler in der Stadt sind auf Publikumseinnahmen angewiesen und genau die sind im Moment komplett weggebrochen. In Berlin und anderen Großstädten haben viele Clubs und Veranstalter schon aufgegeben, sie können die Mieten nicht bezahlen und verdienen momentan keinen Cent.

Wie steht es um die Dortmunder Kulturszene?

Kulturdezernent Jörg Stüdemann verschafft sich laufend einen Überblick über die Szene um die Situation einschätzen zu können und, wenn möglich, Hilfe anzubieten.

Fortsetzung auf Seite 6

EDITORIAL

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Unser Traum

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Traum ist eine solidarische Stadt der Vielfalt, in der alle gut miteinander leben können. Und wie ist die Wirklichkeit? Unsere Wirklichkeit heißt Dortmund und hier gibt es, was die Teilhabe von Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte betrifft, Licht und Schatten, und im Vergleich mit anderen Städten in Deutschland, in Europa und in der Welt mehr Licht als Schatten. Aber es gibt, noch „viel Luft nach oben“. Migrant*innen-Organisa-

tionen wie der Verbund VMDO tragen erheblich zur Lebensqualität in dieser Stadt bei. Und auch das ECHO der Vielfalt, weil es zeigt, wie vielfältig diese Stadt ist und dass dies gut ist, und weil es auch den „Finger in die Wunden legt“, anders gesagt: solidarisch kritisiert, was nicht in Ordnung ist und Vorschläge macht. Kritische Aufmerksamkeit: das ist das Leitbild unserer Zeitung. Das gilt jetzt insbesondere für die Gefahr, dass die Corona-Krise und ihre Folgen die sozialen Ungleichheiten in unserer Stadt verschärfen. Das gilt auch für die Kommunalwahl im September, mit der zeitgleich auch der Integrationsrat und die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister gewählt werden. Und immer weiter: „damit der Traum endlich Wirklichkeit wird“.

In diesem Sinne
Vorstand des VMDO

Pressefreiheit in der Corona-Krise

RSF

REPORTER
OHNE GRENZEN

und Journalisten können wegen geschlossener Grenzen nicht ins Ausland fliehen.

„Gerade in einer Krise wie der Corona-

Die Covid-19-Pandemie hat weltweit gravierende Auswirkungen auf die Pressefreiheit. Regierungen halten Informationen über das Ausmaß der Epidemie zurück. Manche Regime versuchen, die Berichterstattung zu manipulieren. Journalistinnen, Journalisten und ihre Redaktionen werden festgenommen oder angefeindet, weil sie unabhängige Informationen über die Epidemie veröffentlichen. Einige Regierungen sammeln flächendeckend sensible Daten oder bestrafen die Verbreitung „falscher“ Informationen zur Corona-Krise. Inhaftierte Medienschaffende sitzen in überfüllten Gefängnissen mit schlechter Gesundheitsversorgung fest. Akut bedrohte Journalistinnen

rona-Pandemie ist Pressefreiheit unverzichtbar“, sagte der Geschäftsführer von Reporter ohne Grenzen, Christian Mihr. „Angesichts der dramatischen Entwicklungen weltweit müssen die Menschen in der Lage sein, sich aus vielfältigen Quellen zu informieren und das Handeln der Behörden auch kritisch zu hinterfragen. Viel zu viele Regierungen reagieren auf die Corona-Krise mit autoritären Reflexen wie Zensur, Überwachung, Repression und Desinformation. Wer jetzt eine unabhängige Berichterstattung einschränkt, vergrößert nicht nur die Verunsicherung, sondern setzt Menschen auch ganz realen Gefahren aus.“

www.reporter-ohne-grenzen.



IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt,
Lucas Gruyters

DER PARITÄTISCHE

Layout, Design: J.A.

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales
Integrationszentrum
Dortmund

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des
VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

... und es ist Sommer

Fortsetzung von Seite 1

Zugleich aber wurde der Blick wie gebannt auf das Geschehen in Deutschland (und seinen europäischen Partnerländern) gerichtet – und mit dieser „Nabelschau“ zugleich verdrängt, was die Pandemie und der jeweils nationale Umgang mit ihr außerhalb Europas anrichtet. Während in Europa die Zeichen auf vorsichtige Entspannung stehen, ist der Pandemie-Höhepunkt im *Globalen Süden* wohl noch nicht erreicht. Blickt man z.B. in die USA oder nach Brasilien, dann sieht man noch viel schärfer als bei uns: der Schaden, den das Virus anrichtet, wirkt sich *sozial sehr ungleich* aus. Die Afroamerikaner, Menschen, die in den Favelas der brasilianischen Millionenstädte leben oder die Wanderarbeiter*innen Indiens sind ungleich stärker betroffen als die Wohlhabenden. Das Statement des faschistoiden brasilianischen Präsidenten Bolsonaro, dass wir alle sterben müssen, ist in diesem Zusammenhang so richtig wie von einem nahezu unüberbietbaren Zynismus.

Flucht und Corona: eine doppelte Katastrophe

Besonders hart aber trifft es die Menschen, die auf der Flucht sind, in diesem Sommer ein erneuter „Rekord“, nämlich 80 Millionen, so viel, wie Deutschland Einwohner*innen hat. Flucht und Corona kombinieren sich zu einer schier verzweifelten Lage, weil Corona mit bewirkt, dass die Fluchtziele nahezu unerreichbar geworden sind: die Menschen stecken also unter teilweise katastrophalen Bedingungen dort fest, wo sie gerade sind. So berichtet z.B. die „Tagesschau“, dass die ca. 50.000 Menschen, die aus Ländern der Subsahara nach Marokko geflüchtet sind und dort ohne Aufenthaltsgenehmigung leben, durch die verhängte rigide Ausgangssperre von allen Lebensmitteln abgeschnitten sind. Nur ein Beispiel aus vielen Ländern, wenn man hinsieht. Die skandalösen Lebensbedingungen in den Lagern auf den griechischen Inseln, über die bei uns am meis-

ten berichtet wird, sind in dieser Hinsicht die „Spitze des Eisbergs“.

Black lives matter: es geht um die Menschenwürde

Dass es anderswo viel schlimmer ist als hier, ruft erstens nach internationaler Solidarität und ist zweitens kein Grund, sich zufriedenzugeben. Dies sind die Punkte, an denen die Bewegung *black lives matter* ansetzt. Es wäre viel zu einfach und vielen nur allzu recht, sie auf Protest gegen die Gewalt von Polizei gegen afroamerikanische Menschen zu reduzieren, so empörend Rassismus in Polizei, Militär und Ordnungsdiensten ist. Es ist im Übrigen eine Frage, die sich auch hier stellt, wie man an der sehr politisch-emotional geführten Diskussion um das Berliner Antidiskriminierungsgesetz gut erkennen kann. In *black lives matter* drückt sich dort und hier mehr aus: nämlich die Forderung, dass das Gebot „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, wie es in Artikel 1 des Grundgesetzes heißt, *tatsächlich für alle gilt*.

Rassismus, der tief in unseren Gesellschaften verwurzelt ist

Was Menschenwürde ist, hat einen ihrer Kerne im Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, wie es der Artikel 2 des Grundgesetzes zum Ausdruck bringt. Zur Menschenwürde gehören aber auch Lebensumstände, die frei von existentieller Not sind, volle Chancen persönlicher Entwicklung, Meinungsfreiheit und uneingeschränkte politische Teilhabemöglichkeit und die Abwesenheit von Diskriminierung. Wenn es hierin erhebliche Verletzungen oder Defizite gibt, und wenn diese in besonderer Weise und gehäuft Personengruppen treffen, denen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens oder ihrer Orientierungen „Anderssein“ zugeschrieben wird, dann ist dies *struktureller Rassismus*. Gemeint ist damit: eine Form der regelmäßigen Benachteiligung und Diskriminierung, die stark in üblichen Verfahren, Regeln und Denkweisen der Gesellschaft eingespielt sind – und deshalb so

normal und üblich erscheinen, dass sie manchmal kaum noch auffallen und einfach hingenommen werden.

Die Corona-Krise wirkt auch „rassistisch“, oder?

Dies aufzudecken und zum gesellschaftlichen Skandal zu machen, ist der politische Kern einer solchen Bewegung wie *black lives matter* – und letztlich auch das Anliegen von Verbänden von Migrant*innenorganisationen, wie der VMDO es ist. Was hat das mit der Corona-Krise zu tun? Es kann sein, dass sich aus dem Anlass, nämlich dem Protest gegen die Ermordung von *George Floyd* am 25. Mai 2020 in Minneapolis, nicht trotz, sondern auch wegen Corona weltweit eine solche Bewegungsdynamik entwickelt hat. Auch wegen Corona, weil mindestens eine weitverbreitete Ahnung vorhanden ist, dass sich hinter dem Slogan, Covid19 mache alle gleich, tatsächlich eine Verschärfung soziale Ungleichheiten erfolgt. Wie sich Diskriminierung und struktureller Rassismus und Corona gefährlich verbinden können, hierfür ist nicht zuletzt der Fall des Fleischfabrikanten Tönnies und der dort arbeitenden Arbeitsmigrant*innen aus Südosteuropa ein krasses Beispiel.

Was ist das: Einwanderungsgesellschaft?

Tönnies steht aber zugleich auch dafür, dass Einwanderung – sei sie temporär oder auf Dauer – für das Wohlergehen dieser Gesellschaft gänzlich unverzichtbar ist. Auch hier hatte die Corona-Krise einige wichtige Einsichten parat: In der Kranken-, Alten- und häuslichen Pflege, im Einzelhandel, in der Stadtreinigung und, und, und... stammt ein großer Teil der Beschäftigten aus Familien mit Einwanderungsgeschichte oder ist selbst eingewandert. Das ist *Einwanderungsgesellschaft praktisch*. Aber in Hinblick auf die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen mit Einwanderungsgeschichte sehen die Migrant*innenorganisationen, die in vieler Hinsicht ihre Stimme sind, immer noch gravierende Defizite.

Dies wie auch der Umstand, dass die Migrant*innenorganisationen mittlerweile ernster genommen, aber immer noch nicht als Partner „auf Augenhöhe“ behandelt werden, sind Merkmale einer nach wie vor bestehenden strukturellen gesellschaftlichen Benachteiligung. Das hat die Corona-Krise selbst noch einmal gezeigt, in deren bisherigen Verlauf der Austausch mit den Migrant*innenorganisationen praktisch „auf Null“ gesetzt war. Dialog nur in Schönwetter-Zeiten?

Eigene Kraft

Das ist alles nicht sehr erfreulich. Aber: Die Menschen mit Einwanderungsgeschichte sehen sich nicht als „Opfer“, sie sind stark. Migration bedeutet, einen wichtigen bisherigen Lebensort, die dortigen Beziehungen, das Land verlassen, woanders neu anfangen: das ist nicht nur Ausdruck der Verzweiflung über die bisherige Lage, es braucht auch Risikobereitschaft, Fantasie und viel Kraft und Energie, diesen Schritt zu wagen und an einem neuen Ort einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen. Ohne Lebensmut und Lebensfreude geht dies alles nicht.

Für einen Sommer der Lebensfreude

Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO), zu dem auch der VMDO gehört, hat dazu aufgerufen, die befürchtete Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen durch den Lockdown nicht hinzunehmen und darauf mit einem „Sommer der Bildung und Lebensfreude“ zu antworten. Bildung meint hier nicht Nachhilfe im üblichen Sinne, Bildung meint hier: Spaß haben, mit anderen zu lernen und etwas zu unternehmen. Ganz generell: Wir wehren uns dagegen, wenn die sozialen Folgen der Corona-Krise auf unseren Schultern abgeladen werden. Und: Was setzen wir dem Trauerspiel „Corona und die Folgen“ entgegen? Einen *Sommer der Lebensfreude*. Trotz alledem.

ECHO

Resolution gegen jegliche Formen von Rassismus und Diskriminierung

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

(Artikel 1 des Grundgesetzes)

Mit großer Sorge und Erschütterung nimmt der Integrationsrat der Stadt Dortmund die aktuellen rassistischen und diskriminierenden Vorfälle in den USA zur Kenntnis.

Weltweit sorgt die Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch Polizeigewalt für Bestürzung und Schlagzeilen. Er ist eines von vielen Opfern rassistischer Polizeigewalt in den USA. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, auch in der Bundesrepublik Deutschland sind institutioneller Rassismus und Diskriminierung leider keine Fremdwörter.

Dieser Vorfall ist ein weiteres Ereignis im Jahr 2020, das uns vor Augen führt, dass Rassismus ein tödliches Gift ist, und mit allen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln bekämpft werden muss. Rund

5.000 Dortmunder*innen haben diese solidarische Haltung am 06.06.2020 im Rahmen der „Silent Demo“ auf dem Dortmunder Hansaplatz eindrucksvoll bewiesen.

In Deutschland häuften sich 2020 rassistische Anschläge, Drohungen und Diskriminierung. Bezeichnend ist hierbei, dass die Motive solcher Taten oftmals nicht als rassistisch benannt wurden und werden. Immer wieder wird auch von rechtsextremen und rassistischen Umtrieben in Polizei- und Bundeswehrkreisen berichtet.

Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung kann nicht allein durch Stärkung der Sicherheitsbehörden etwas entgegengesetzt werden. Es braucht dringendst Aufklärung und Kontrolle auch der selbigen. Das zivilgesell-

schaftliche Engagement für Demokratie und Vielfalt muss massiv gestärkt werden. Weitergehende, grundlegende Maßnahmen gegen Rassismus und Diskriminierung bestehen in der rechtlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung von Kindern, Frauen und Männern jedweder Herkunft.

Es muss klar und bewusst werden, dass sich Rassismus und Diskriminierung gegen das Anderssein und die Herkunft, Hautfarbe, Religion, Ethnisierung, Sprache oder sexuelle Orientierung/Identität, Alter und Gesundheit richtet und Vielfalt als Bedrohung verstanden wird.

Menschenfeindliche Einstellungen dieser Art müssen demokratisch und entschlossen bekämpft werden.

Der Integrationsrat der Stadt Dortmund setzt sich entschlossen für Menschenwürde, kulturelle Vielfalt und Freiheit ein; Grundrechte, die durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geschützt sind. Menschen können weder selbstbestimmt leben und handeln noch gesellschaftliche Teilhabe ausüben wenn diese durch Rassismus und Diskriminierung daran gehindert werden.

Wir stellen uns gegen alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung und antworten mit Solidarität und Zivilcourage.

Der Integrationsrat der Stadt Dortmund steht für Freiheit, Toleranz, internationales Miteinander, Solidarität und Demokratie. Feinde der Demokratie haben in Dortmund keinen Platz!

Mehrwertsteuersenkung hilft Hartz-IV-Beziehenden nicht

Paritätischer kritisiert Konjunkturpaket als "armutspolitisch ignorant"

Der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert das in einer Sondersitzung des Bundestags mit den Stimmen von Union und SPD beschlossene Konjunkturpaket (das sogenannte zweite Corona-Steuerhilfegesetz) als armutspolitisch nahezu wirkungslos. Positiv sei zu begrüßen, dass der geplante Kinderbonus auch Familien im Hartz-IV-Bezug zu Gute komme. Überhaupt kein Verständnis zeigt der Verband jedoch für den Umstand, dass für arme Menschen ohne Kinder keine finanziellen Hilfen vorgesehen sind. Selbst wenn die geplante Mehrwertsteuerabsenkung von den Unternehmen vollständig im Preis weitergegeben werden sollte, läge der Kaufkraftzugewinn in Hartz IV und Altersgrundsicherung für einen Single nach Berechnungen des Verbandes gerade einmal bei 1,9 Prozent, konkret 8,20 Euro im Monat. Es sei „völlig unakzeptabel“, dass die Bundesregierung – trotz heftigen Drängens von allen Seiten – Hilfen für Millionen in Hartz IV und Altersgrundsicherung so hartnäckig verweigere. „Die coronabedingten Kostensteigerungen und weggebrochene Hilfsangebote wie beispielsweise von Tafeln werden mit keinem Cent berücksichtigt. Der Paritätische fordert als Soforthilfe die sofortige Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung um 100 Euro pro Kopf und Monat bis zur ohnehin gesetzlich geforderten Neufestsetzung der Regelsätze zum 1.1.2021 und eine sofortige Einmalzahlung an alle Grundsicherungsbeziehenden von 200 Euro (Kosten zusammen: ca. 6 Mrd. Euro), sowie eine sofortige entsprechende Leistungsanpassung beim BAföG und im Asylbewerberleistungsgesetz.

Gwendolyn Stilling,
Paritätischer Wohlfahrtsverband

Rassismus in Deutschland und die „Black Live Matter“ Bewegung



Fortsetzung von Seite 1

Neben dem konkreten Anlass von Tötungen afroamerikanischer Menschen durch weiße Polizist*innen, thematisiert die Bewegung aber auch das koloniale Erbe der USA. Es geht hierbei um die fehlende Auseinandersetzung der weißen Mehrheitsgesellschaft mit den Folgen der Verschleppung, Versklavung, Folterung und Tötung von Millionen Menschen vom afrikanischen Kontinent durch die USA. Eine politische und gesellschaftliche Analyse über die Folgen fand erst langsam seinen Weg in die Forschung und zu den politischen Entscheidungsträger*innen. Zwar hat in den letzten Jahren ein kleiner Teil von Afroamerikaner*innen ihren Weg in die Mittelschicht ge-

funden – dem gegenüber steht aber noch immer der größere Teil von Afroamerikaner*innen, welchen in weiten Teilen der Weg zu einer erfolgreichen Bildungslaufbahn verschlossen bleibt. Ebenso ist die Armut in diesem Teil der Bevölkerung der USA (neben anderen Einwanderer*innen Gruppen) sehr weit verbreitet. Auch die Gefängnisse in den USA sind in großen Teilen durch Mitglieder von Einwanderer*innen Gruppen belegt. Es bestehen also viele soziale Probleme und strukturelle Ungleichheiten in den USA, welche auf die Geschichte des Kolonialismus zurückzuführen sind – und somit auch niemals ohne den ihm innewohnenden Rassismus gedacht werden können. All diese hier nur angerissenen Problematiken führen nun dazu,

das die „Black Live Matter“ Bewegung versucht, diese Themen wieder auf die politische Tagesordnung zu bringen. Denn der rassistische Mord an George Floyd ist bei weitem nicht der Einzige, welcher in den letzten Jahrzehnten für Proteste und Aufruhr in den USA geführt hat (https://de.wikipedia.org/wiki/Black_Lives_Matter). Neu war dagegen, dass sich weltweit zahlreiche Menschen mit den Protesten solidarisierten und eigene Kundgebungen durchführten. Auch in Deutschland (und in Dortmund) kam es zu solchen Kundgebungen. Aber diese Proteste gingen über die Solidarisierung mit der „Black Live Matter“ Bewegung hinaus. Auf diesen Kundgebungen wurde deutlich, dass auch in Deutschland Rassismus bei Polizei und Behörden ebenso

wie in einem großen Teil der weißen Mehrheitsbevölkerung vorhanden ist. Viele Menschen mit einer Migrationsgeschichte berichteten sehr ein- und nachdrücklich von ihren Erfahrungen mit Rassismus im Alltag, aber auch von rassistischen Anfeindungen und Diskriminierungen. Im Zuge der Demonstrationen wurde auch immer wieder auf rassistische Morde durch Polizist*innen hingewiesen – etwa auf die in Polizeigewahrsam Verbrannten Amad Ahmad 2018 in Kleve oder der 2005 in Dessau verbrannte Oury Jalloh. Dies alles hat in den letzten Jahren ein Ohnmachtsgefühl bei vielen Menschen hervorgerufen, welches sich nun im Zuge von „Black Live Matter“ in Wut und Trauer ausdrückt. Hieran zeigt sich: es geht mitnichten nur um Rassismus und Polizeigewalt in den USA – der Diskurs ist Global und die Problematik geht tiefer. Die Geschichte des Kolonialismus und die rassistischen Systematiken ziehen sich durch die Geschichte und Institutionen vieler (westlicher) Länder – auch die Deutschlands. Es ist angesichts des globalen Aufschreis von Rassismus und Polizeigewalt betroffener Menschen bitter nötig, diesen Diskurs ehrlich und offen zu führen und diesen Menschen Gehör zu schenken und zu verschaffen. Rassismus geht uns alle an – ob in Deutschland oder den USA, ob in Institutionen oder im Alltag..

Lucas Gruyters

Sommerferienworkshops im Kindermuseum mundo mio!

In der ersten, zweiten und letzten Ferienwoche bietet das Kindermuseum mundo mio! im Dortmunder Westfalenpark ein abwechslungsreiches Programm für Kinder an. Geboten werden jeden Tag neue Aktionen, unter anderem zu den Themen Farben, Energie oder Wasser.

Wo? mundo mio! Kindermuseum im Westfalenpark Dortmund (Eingang Ruhrallee)
Wann? Täglich 9 bis 14 Uhr, jeder Tag kann einzeln gebucht werden
Alter? 8 bis 12 Jahre
Kosten? 15€ pro Tag bzw. 75€ pro Woche

Anmeldung:

Telefon: 0231 – 50 26 127
E-Mail: info@mondomio.de

Mitzubringen sind wettergerechte Kleidung und kalte Speisen. Eine verbindliche Anmeldung ist bis 8 Werktagen vor Beginn erforderlich. Der tägliche Ferienworkshop kommt ab acht Anmeldungen zustande. Bitte Mundschutzmaske nicht vergessen.

Hinweis: Das Ferienprogramm wird unter Beachtung der aktuellen Corona-Regeln durchgeführt.

Außerdem findet in den Sommerferien täglich ab 13:00 ein Kreativangebot statt. Die kleinen Besucher des Museums können dann mit ihren Familien an verschiedenen Upcycling-Bastelaktionen zu unterschiedlichen Themen mit ungewöhnlichen Materialien teilnehmen und unter anderem Boote bauen, Mäusmasken oder Schmuck herstellen oder Geschicklichkeitsspiele spielen. Der Eintritt ist im Parkeintritt enthalten.

2. Positionierung des BV NeMO-Vorstandes zur Corona-Krise: Kinder der Einwanderungsgesellschaft – Bildungsrückschläge nicht hinnehmen

Kindern und Jugendlichen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen über längere Zeit KiTa und Schulen nicht besuchen konnten, droht ein Bildungsrückschlag. Viele Kinder aus Familien mit Einwanderungs- oder Fluchtgeschichte sind diesem Risiko akut ausgesetzt. Das ist nicht hinzunehmen. Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen fordert deshalb ein bildungsorientiertes Sofortprogramm, das schon in diesem Sommer umgesetzt werden muss. Ebenso wie die Bildungspolitik sind lokale Verantwortungsgemeinschaften von Bildungsakteuren gefordert; Migrant*innenorganisationen sind hierbei unverzichtbar. Als eine von vielen gemeinsamen Aktivitäten wird hiermit ein bunter und attraktiver Sommer der Bildung und Lebensfreude vor Ort vorgeschlagen. In unserer 1. Positionierung zur Corona-Krise am 8. April 2020 warnen wir: „Es besteht die Gefahr einer Verschärfung sozialer Benachteiligungen, aber auch eines verstärkten Rassismus in der Krise und als Folgen der Krise. Wenn dies geschieht, werden Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte davon erheblich betroffen sein“. Als eine der Gruppen mit besonderen sozialen Risiken nannten wir Kinder, denen die Schule fehlt, um mithalten zu können. Wir haben leider erleben müssen, dass dies über meh-

rere Wochen nur am Rande zum Thema wurde. Nun sind wir vier Wochen ohne Schule und KiTa weiter und mit den ersten Schritten aus dem Shutdown wird immer deutlicher: Für Erzieherin*innen, Lehrer*innen und für alle Kinder und Jugendlichen ist es eine Herausforderung, in den alten, aber in verschiedener Hinsicht wie z.B. durch Klasseteilungen, Abstandsregeln und Nachholstoff immer noch außerordentlichen Bildungsalltag, zurückzufinden. Einer großen Gruppe von ihnen, die zu den Bildungsbenachteiligten in unserer Gesellschaft zählen, droht aber ein gravierender Bildungsrückschlag, und dies ist umso stärker, je länger der normalisierte KiTa- und Schulbetrieb auf sich warten lässt, und sei dies auch aus guten Gründen der Abwehr gesundheitlicher Risiken. Zu dieser Gruppe, der eine Fortsetzung und Vertiefung ihrer Bildungsbenachteiligung mit Langfristfolgen droht, gehören viele Kinder und Jugendliche aus Familien mit Einwanderungs- oder Fluchtgeschichte: nicht weil sie „bildungsfern“ sind, sondern weil sich ihre Lebensbedingungen, wie z.B. Einkommensschwäche oder sogar Armut, kleine Wohnungen, eine Familiensprache, die nicht Deutsch ist, erschwerend auswirken. Gerade sie brauchen

die öffentliche Bildung, und zwar in guten Kitas und guten Schulen, die auf die Förderung jeder und jedes Einzelnen orientiert sind. Manche Expert*innen befürchten, dass die lange häusliche Isolierung insbesondere von KiTa-Kindern zu nicht wieder aufholbaren Bildungsdefiziten führt. Dies und Bildungsrückschläge bei Schülerinnen und Schülern wollen und werden wir nicht hinnehmen. Wir fordern ein Sofortprogramm, das schon in diesem Sommer wirksam wird. Was sind die Bausteine für ein solches Sofortprogramm? Das MigrantenElternNetzwerk Niedersachsen hat sich in einem Brief mit Forderungen an den dortigen Kultusminister gewandt, die wir unterstützen:

- so rasch wie möglich in den Kitas und Schulen Lernangebote gezielt für Kinder eröffnen, deren Familiensprache ausschließlich nicht Deutsch ist bzw. deren Eltern zuhause nicht die notwendigen Lernbedingungen schaffen konnten;
- Konzepte und Umsetzungspläne jetzt entwickeln und bereit halten, um Schülerinnen und Schüler darin zu unterstützen, das Versäumte zügig und ohne Verluste aufzuholen;
- KiTa-Kinder und Schüler*innen, zu denen während des Shutdowns bisher kein Kontakt her-

gestellt werden konnte, aufzusuchen und sie und ihre Eltern zu beraten und zu unterstützen. Aktuell und für die Zukunft bleibt wichtig:

- Kindern, deren Eltern dies nicht leisten können, Laptops zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Wien hat dies z.B. schnell und unbürokratisch getan.

Immer, wenn es um grundlegende Lebensinteressen der Menschen geht, sind die Kommunen gefordert. Viele Städte und Kreise engagieren sich deshalb schon seit Jahren bei der hochwertigen Gestaltung der lokalen Bildungslandschaften. Jetzt – in diesem Sommer – geht es um eine rasche und gemeinschaftliche Notfallaktion der kommunalen Bildungsakteure. Dies ist ein zentraler Baustein des von uns geforderten Sofortprogramms. Worum geht es?

- Kommunal muss ein Aktionsprogramm verabredet und umgesetzt werden, das die aus der Corona-Krise resultierenden Bildungsbenachteiligungen auffängt;
- Hierfür ist das übliche Zuständigkeitsdenken zugunsten gemeinschaftlicher Verantwortung zu überwinden; was in Fragen der gesundheitlichen Risikobekämpfung möglich war und ist, muss auch hier gelingen;

- Die in vielen Städten und Kreisen vorhandenen kommunalen Koordinierungsstellen für Bildung (Kommunales Bildungsmanagement) müssen prioritär das erforderliche Zusammenspiel der verschiedenen Einrichtungen und Akteure sichern;
- Die Migrant*innenorganisationen, ihre Nähe zu den Menschen und die fachlichen Kompetenzen ihrer Projekte wie z.B. samo.fa, sind für diese Gemeinschaftsaktion unverzichtbar;
- Als ein Baustein eines solchen lokalen Aktionsprogramms soll – auch aufgrund des Umstands, dass für viele Familien Urlaubsreisen in diesem Jahr nicht möglich sind – ein bunter und attraktiver Sommer der Bildung und Lebensfreudevorbereitet und durchgeführt werden, der vor allem auch jene anspricht, denen Bildungsrückschläge drohen;

Die Corona-Krise bringt die Kommunen in eine bedrohliche Haushaltslage. Daraus folgt, dass

- Das von uns geforderte Sofortprogramm einschließlich seiner lokalen Verankerung über den Bund und die Länder – und möglichst auch unter Beteiligung von Stiftungen – finanziert werden muss.

Gerade jetzt, wo Schritte aus der Corona-Krise hinaus und die Entwicklung umfassenderer Strategien für die Zeit „nach Corona“ auf der Tagesordnung stehen, geht es darum, in welcher Gesellschaft wir in Zukunft leben (wollen). Teilhabe von Migrant*innenorganisationen ist in einer Einwanderungsgesellschaft, wie es Deutschland ist, unverzichtbar. Deshalb wiederholen wir mit Nachdruck, was schon in unserer ersten Positionierung gefordert wurde:

- Auf kommunaler Ebene ist neben dem Krisenmanagement unter gesundheitlichen und ordnungspolitischen Aspekten ein Steuerungs- und Beratungsgremium zur Bekämpfung sozialer Risiken und verschärfter sozialer Ungleichheit erforderlich, an dem Migrant*innenorganisationen zu beteiligen sind;
- Wie auf der lokalen Ebene muss auch auf Landes- und Bundesebene das Feld der „sozialen Risiken“ stärker ins Zentrum gerückt werden; hierzu sind dringend Beratungs- und Beteiligungsformen unter Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen zu entwickeln.

Der Vorstand
des Bundesverbandes NeMO e.V.
Berlin und Dortmund,
8. Mai 2020

Entschlossenes Vorgehen gegen Rassismus auch in Deutschland notwendig

Die aktuellen Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt zeigen auch in Deutschland dringenden Handlungsbedarf bei Behörden und Polizei auf. Sie sollten für die Innenminister im Bund und in den Ländern Mahnung sein, den Schutz aller Menschen vor Rassismus überzeugender zur politischen Priorität zu machen. Neben der Bekämpfung rassistischer Gewalt gehören dazu eine bessere und rassismuskritische Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz sowie die überfällige Umsetzung langjähriger Empfehlungen zur Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards.

Amnesty International appelliert an die zuständigen Minister auf Bundes- und Landesebene, an die Innenministerkonferenz und den neuen Kabinettsausschuss gegen Rassismus nun auf breiterer Basis konkrete Schritte einzuleiten, um Menschen in Deutschland wirksam vor Rassismus zu schützen.

"Der Schutz vor Rassismus und rassistischer Gewalt ist ein Menschenrecht und damit eine zentrale Staatsaufgabe. Die Innenminister bleiben gefordert, entschlossener und systematischer für den Schutz aller Menschen in Deutschland vor Rassismus zu sorgen", mahnt Markus N. Beeko, Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland. "Drängend bleibt ein wirksames Vorgehen der Ermittlungsbehörden gegen rassistische Gewalt und rechts-extreme Gruppen. Ebenso ist die Aufklärung über Rassismus in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter notwendig. Aber auch eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Rassismus innerhalb staatlicher Institutionen und Behörden ist ein unabdingbarer Baustein der menschenrechtlichen Verantwortung von Bundes- und Landesregierungen."

Weltweite Untersuchungen von Amnesty International zeigen nicht nur in den USA Handlungsbedarf gegen Rassismus und rassistisches Handeln bei Polizei



und Behörden. "Auch Deutschland hat Nachholbedarf in der Rassismus-Prävention" erinnert Beeko. "Wichtige internationale Standards sind in Deutschland nicht oder nur unzureichend umgesetzt. Staatliche Einrichtungen, Behörden, Polizei, Justiz und Militär brauchen systematische Aus- und Fortbildungen, unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsmechanismen und sollten internationale Standards und Empfehlungen rascher und konsequenter umsetzen."

Anstatt in der aktuellen Diskussion Kritik an Rassismus in Polizei und Justiz pauschal zurückzuweisen, täte man gut daran, selbstkritisch

die eigene politische Verantwortung zu reflektieren: "Das Ermittlungsversagen bei den NSU-Morden, die Drohbriefe des ‚NSU 2.0‘ aus den Reihen der Polizei Frankfurt am Main, rassistische Äußerungen in Chat-Gruppen oder die Nutzung rechtsextremer Symbole durch Polizeibeamte, verdeutlichen eine akute Problemlage. Betroffene von rassistischen Angriffen berichten, dass sie sich nicht an die Polizei wenden, weil sie Sorge haben, nicht ernstgenommen oder nochmals diskriminiert zu werden. Das gilt erst recht für diejenigen, die sich als Opfer rassistischer Handlungen durch Polizeibeamte selbst sehen. Jenseits aller Diskussionen ist of-

fensichtlich: Es gibt Handlungsbedarf!", so Beeko. Amnesty International fordert verpflichtende Antirassismus-Trainings für alle Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden und der Justiz. Erste Pilotprojekte in der Justiz und bei der Bundespolizei waren ein wichtiger An-

fang, jetzt müssen die Trainings flächendeckend etabliert werden. „Es geht nicht darum, Polizisten unter Generalverdacht zu stellen oder zu beschuldigen. Es geht um die Professionalisierung der Polizeiarbeit, um Transparenz und um die Übernahme von Verantwortung“, erklärt Beeko. "Dies sind internationale Standards, denen sich auch die deutschen Innenministerien verpflichtet fühlen sollten."

Bund und Länder müssen unabhängige Beschwerdestellen einrichten, an die sich Betroffene rassistischer Übergriffe wenden können.

Amnesty International

Flüchtlingszahlen weltweit fordern Solidarität von allen

Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) stellte seinen Bericht für 2019 vor – und ein neues Rekordhoch fest. Schutzsuchende auf den griechischen Inseln müssen endlich evakuiert werden. Amnesty International fordert zudem Abschiebungsstopps für Syrien und Afghanistan.

Die Zahl der geflüchteten Menschen weltweit hat einen neuen traurigen Rekord erreicht. Zum Weltflüchtlingsbericht des UNHCR „Global Trends“ für das Jahr 2019 erklärt Franziska Vilmar, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty International Deutschland:

„Die fast 80 Millionen Menschen, die aktuell ihre Heimat verloren haben und fliehen mussten, rufen zum entschlossenen Handeln auf.“ Während innerhalb der letzten zehn Jahre fast doppelt so viele Menschen gezwungen waren zu fliehen, sind in Europa immer weniger Mitgliedstaaten bereit, Schutzsuchende aufzunehmen. Besonders katastrophal ist die Situation seit Jahren für geflüchtete Menschen auf den griechischen Inseln. „Von den 1.600 besonders schutzbedürftigen Men-

schen, deren rasche Umverteilung Anfang des Jahres geplant war, sind bisher gerade einmal 150 Menschen in einigen europäischen Ländern aufgenommen worden. Das ist eine Bankrotterklärung für den gemeinsamen Flüchtlingsschutz in Europa“, so Vilmar.

Von den beinahe 80 Millionen Menschen auf der Flucht mussten fast 30 Millionen ihr Land verlassen, um Bürgerkrieg oder staatlicher Verfolgung zu entkommen. Die meisten Schutzsuchenden kommen aus Syrien, Venezuela, Afghanistan, Südsudan und Myanmar.

Auch in Deutschland zählen Syrien und Afghanistan zu den Hauptherkunftsländern von Schutzsuchenden. „Amnesty International wird nicht müde, einen Abschiebungsstopp für beide Länder zu fordern“, sagt Franziska Vilmar mit Blick auf die Tagung der Innenminister der Länder. Amnesty hatte bereits im Vorfeld der Konferenz eindringlich auf die Notwendigkeit von Programmen zur Aufnahme besonders schutzbedürftiger aus Griechenland hingewiesen und eine zügige Umsetzung gefordert.

Amnesty International

Tag der offenen Gesellschaft

Nein zu Rassismus" bei CHANCENGLEICH in Europa e.V.



Screenshot Videokonferenz

Foto: CHANCENGLEICH

Als Verein ist es uns wichtig gewesen auf die momentane Stimmung in der Gesellschaft einzugehen und ein klares Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Was mit einer möglichen Diskussionsveranstaltung zum Thema Rassismus und Diskriminierung angefangen hat, ist in einer Online-Aktion gemündet, in der wir unsere Solidarität mit der "Black lives matter" Bewegung bekunden. Weitere Infos gibt es auf unserer Facebook Seite.

Parallel zu unserer Aktion, fand am 20.06.2020 der ‚Tag der offenen Gesellschaft‘ statt. Diesmal ohne Tische und Stühle im Außenbereich, wie wir es vom Vorjahr gewohnt sind, dafür wieder mit einer klaren Botschaft: Wir stehen für eine vielfältige Gesellschaft der Offenheit und des Zusammenhalts. Wie gerufen um unser Aktionsbild zu

veröffentlichen und sowohl auf die aktuelle Stimmung und auch die Offene Gesellschaft aufmerksam zu machen.

Pünktlich zum Tag hat uns das Aktionspaket der Offenen Gesellschaft erreicht, in dem interaktiv einsetzbares Material und Infos rund um die Aktion zu finden sind, die wir auch gleich in unserem Hörder Zentrum für Vielfalt angebracht haben und in unseren sozialen Netzwerken geteilt haben. Das Material regt zum Nachdenken an und bietet genug Stoff für rege Diskussionen rund um Themen wie Solidarität und Visionen einer offenen und zivilgesellschaftlichen Nachbarschaft. Im nächsten Jahr können wir den Tag der offenen Gesellschaft dann hoffentlich wieder physisch in Hörde durchführen, wir freuen uns!

CHANCENGLEICH in Europa e.V.

Corona Demonstrationen – zwischen Verschwörung und berechtigten Zweifeln

Seit einiger Zeit finden sich in ganz Deutschland immer wieder Menschen zusammen, um gegen die von der Bundesregierung verordneten Corona-Maßnahmen zu demonstrieren. Zunächst taten sie dies meist unangemeldet in mehreren deutschen Innenstädten. Mittlerweile haben sich ganze Bündnisse und Initiativen gegründet und tragen ihren Protest bei Kundgebungen auf die Straße – auch in Dortmund. Doch worum geht es den Menschen dabei und was steckt für ein politischer Wille dahinter? Dazu muss festgehalten werden, dass die Teilnehmer*innen an diesen Kundgebungen sehr unterschiedlich sind. In Berlin waren es zunächst vor allem Menschen aus eher linken Zusammenhängen, die zu den Demonstrationen aufrufen. Ihnen ging es vor allem darum, die Einschränkung von Grundrechten zu kritisieren, welche in Gremien am Parlament vorbei entschieden wurden. Sie sahen hierbei eine Gefährdung von demokratischen Grundprinzipien und wollten deutlich machen, dass die Einschränkung von Grundrechten deutlicher kommuniziert werden muss. Sehr schnell wurde jedoch auch deutlich, dass dieses legitime Anliegen und die Zweifel an der



Recht- und Verhältnismäßigkeit der verordneten Maßnahmen auch von rechten Menschen und sog. „freien Medien“ für die Verbreitung von ganzen anderen Ideen und politischen Theorien genutzt wurde.

Schnell fanden sich Menschen auf den Bühnen und im Umfeld der Demonstrationen wieder, welche politische Ansichten aus rechten Kreisen zum Besten gaben, Positionen der sog. „Reichsbürger“ vertraten und hinter der Coronapandemie einen großen, weltumspannenden Plan sahen. Es ging ihnen alsbald darum, die Menschen auf eine politische Linie

zu bringen, die da lautet: Hinter allen Maßnahmen der Regierung steckt ein Plan gegen das „deutsche Volk“ – oder gleich die ganze Menschheit. Politiker*innen lügen und sind keine legitimen Vertreter*innen des „Volkes“, Medien sind nur deren Handlanger („Lügenpresse!“) und eigentlich möchte eine kleine Gruppe aus Finanz- und Pharmaindustrie die ganze Welt ausbeuten und unterdrücken. Dieses politische Weltbild, welches sich immer knapp entlang des antisemitischen Weltbildes einer „Jüdischen Weltverschwörung“ bewegt, wird dann unterschiedlich ausgeschmückt

und radikal vorgetragen. Es finden sich hierbei immer auch völkische Anknüpfungspunkte, wie sie etwa ein Björn Höcke von der AFD vertritt. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass bei den Demonstrationen in Dortmund, regelmäßig bis zu 15 organisierte Neo-Nazis aus dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ teilgenommen haben.

Es ist hier also eine ernstzunehmende Entwicklung zu beobachten, welche mit der PEGIDA Bewegung in Dresden seinen Anfang nahm und auch bereits auf sog. „Friedensmahnwachen“ zu beobachten war: kritische, zuweilen auch zu recht unzufriedene Bürger*innen demonstrieren Seite an Seite mit organisierten und militanten (Neo-) Nazis und werden so von diesen für völkisches, rassistisches und antisemitisches Gedankengut empfänglich gemacht. Die Echokammer der rechten Propaganda im Internet treibt die Menschen daraufhin immer weiter hinein in den autoritären Kaninchenbau aus Verschwörungen, völkischen Wahn und nationalistischen Freiheitskampf-Pathos.

Lucas Gruyters



Die Dortmunder Auslandsgesellschaft übergab eine Schutzmaskenspende an den VMDO. Der Vorstand des VMDO nahm die Spende zusammen mit weiteren Organisationen vom Präsidenten der Auslandsgesellschaft, Klaus Wegener, entgegen.

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen stellt sich vor

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen ist eine lokale Beratungsstelle des VMDO e.V. in enger Zusammenarbeit mit MIA-DO-KI und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Dortmund. Sie richtet sich an Migrant*innenorganisationen mit Sitz in Dortmund.

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen ist eine lokale Beratungsstelle des VMDO e.V. in enger Zusammenarbeit mit MIA-DO-KI und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Dortmund. Sie richtet sich an Migrant*innenorganisationen mit Sitz in Dortmund.

Die Hauptziele der Fachberatungsstelle sind, die Migrant*innenorganisationen in ihrer Vereinsentwicklung und Professionalisierung zu unterstützen, so dass diese die vereinsinternen Projekte sicher durchführen und durch ihr Wirken zur konstruktiven Gestaltung der Stadtgesellschaft und des Zusammenlebens in Dortmund beitragen können.

Insbesondere sollen die Vereine bei Kooperationen, der Netzwerkarbeit und bei der Durchführung von bedarfsgerechten Beratungs- und Unterstützungsangeboten, mit Hinblick auf Öffnung und Teilhabe an der Stadtgesellschaft, unterstützt werden.

Um dies zu erreichen bietet die Fachberatungsstelle eine ganze Bandbreite an vielfältigen und bedarfsgerechten Dienstleistungen und Angeboten für Vereine an. Dazu gehören etwa Workshops und Fortbildungen, zu den Themen Vereinsentwicklung und Professionalisierung. Auch werden regelmäßig Tagungen zur migrati- onsspezifischen Themen durchge-



Leyla Boran

führt und Angebote und Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und Familien gemacht.

Weiterhin gehören zu den Tätigkeitsbereichen die Digitalisierung in der Vereinsarbeit und die regelmäßige Durchführung von Bestandsaufnahmen von Vereinen mit integrierter Bedarfsermittlung. Die Beratung kann Vorort in der Fachberatungsstelle oder bei den Vereinen sowie digital erfolgen. Viele Migrant*innenorganisationen nahmen etwa an den von der Fachberatungsstelle angebotenen vielfältigen Onlineseminaren / Webinaren rund um vereinsrelevanten Themen in der Workshopreihe „Vereinsarbeit digital gestalten“ teil.

Nach einem nunmehr halbjährigen Bestehen der Fachberatungsstelle wurde durch die große Inanspruchnahme deutlich, dass viele der Migrant*innenorganisationen einen hohen Bedarf an Unterstützung bei Förderantragsstellungen für Projekte benötigen. Die Fragen reichen von „Von wo kann ich einen Antrag für das Projektvorha-



Armel Djine

ben stellen“ bis hin zu „Was darf ich beantragen und wie erstelle ich die Verwendungsnachweise.“ Auch wurde innerhalb der Beratung deutlich, dass der Bedarf an (Vereins-) Räumen, zur Realisierung von Projekten oder Beratungsangeboten, sehr hoch ist.

Falls Sie eine Migrant*innenorganisation mit Sitz in Dortmund sind und unser vielfältiges Beratungsangebot in Anspruch nehmen möchten, wenden Sie sich gerne unter den unten genannten Kontaktdaten an:

Leyla Boran, Email: l.boran@vmdo.de und Armel Djine, Email: a.djine@vmdo.de
Tel: +49(0) 231 286 767 92
Mobil: +49(0) 176 128 678 72
Leuthardstr. 5-7,
44135 Dortmund
www.vmdo.de

*Eine enge Zusammenarbeit der Fachberatungsstelle Migrant*innenorganisationen besteht mit MIA-DO-KI und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Dortmund.

Online Angebote der Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen

Mitte März hat der sog. Lockdown in Deutschland zum Schutz vor der Verbreitung des Virus Covid-19 dazu geführt, dass Vereinsaktivitäten und Beratungsstellen nicht wie bislang überwiegend mit persönlichem Kontakt durchgeführt werden konnten.

Zahlreiche bis dahin durchgeführte und geplante Projektmaßnahmen, Präsenzveranstaltungen, Bildungsangebote, Beratungsangebote u.v.m. wurden aufgrund der sog. Corona-Schutzverordnung des Landes NRW auf Eis gelegt oder zunächst verschoben.

Die Mitarbeitenden der Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen beim VMDO in Dortmund machten sich gleich aus dem Homeoffice mit digitalen Arbeitstools vertraut und haben diese als integrierte Arbeitsmethoden in ihre Beratungstätigkeiten eingebunden und Webinarworkshops ins Leben gerufen.

So wurden vielfältige Webinare zu vereinsrelevanten Themen in der online-Workshopreihe „Ver-

einbarung digital gestalten“ angeboten und durchgeführt. Eine Fachperson hat hierbei an Hand eines Projektbeispiels vermittelt, wie Vereine ihre Projekte digital umsetzen können.

Aber auch das Webinar „Bedeutung der Datenschutzgrundverordnung in der Vereinstätigkeit“ hat für ein großes Interesse bei den Vereinen gesorgt. Bei diesem Seminar wurden Basiswissen und ein Einblick in die DSGVO gegeben und die Bedeutung der DSGVO für die Vereinstätigkeiten vermittelt. Ebenfalls haben viele Vereinsvertreter*innen an dem Webinar „Corona-Schutzverordnung und die Bedeutung für die Vereinstätigkeiten (Förderungen) im Land NRW“ teilgenommen.

Da viele Projekte auf Landesebene von der Bezirksregierung Arnsberg gefördert werden, beantwortete eine mitarbeitende Person der Bezirksregierung Arnsberg nach einem Inputreferat offene Fragen. Durchschnittlich nahmen Vereinsvertreter*innen von 8 bis 20 Vereinen an diesen Webinaren teil.

Es wurden somit verschiedene digitale Instrumente und Werkzeuge vermittelt, mittels dieser die Vereine, unter Einhaltung der Corona-Schutzverordnung, ihre Vereinsaktivitäten digital fortsetzen und vorantreiben konnten und können. Diese digitalen Werkzeuge können von den Vereinsvertreter*innen nun auch längerfristig in die Vereinstätigkeiten einbezogen werden.

Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen bietet auch weiterhin Onlineseminare zu vereinsrelevanten Themen an.

Bei Interesse wenden Sie sich gerne an die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen:

Leyla Boran, Email: l.boran@vmdo.de und Armel Djine, Email: a.djine@vmdo.de
Tel: +49(0) 231 286 767 92
Mobil: +49(0) 176 128 678 72
Leuthardstr. 5-7,
44135 Dortmund
www.vmdo.de

INSIST trotz Corona: Vereinsarbeit besser verknüpfen

Ein Projekt will Beiträge von Migrantorganisationen sichtbarer machen

Im vergangenen Jahr ist das Projekt „Interkulturelle städtische Initiativen stärken“ (INSIST) beim VMDO gestartet. Es wird für drei Jahre aus Mitteln des EU-Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) kofinanziert. Wie geht es nun in einem Projekt weiter, das vor allem auf persönliche Kontakte und gemeinsame Aktivitäten von Vereinen setzt? ECHO hat das Projekt-Team dazu interviewt.

ECHO: Was genau sind die Ziele von INSIST und an wen richtet es sich?

Kirsten Hoesch (Projektleitung): Das Projekt verfolgt Ziele auf zwei Ebenen. Erstens sollen Menschen und Vereine mit und ohne Migrationsbezug zu gemeinsamen Aktivitäten angeregt werden. Der Gedanke dabei ist, dass viele Vereine – alteingesessene deutsche Vereine ebenso wie Migrant*innenvereine – sich gerne interkulturell öffnen möchten, jedoch unsicher sind, wie dies geschehen soll. Hier möchten wir konkrete Hilfestellungen geben. Zweitens möchten wir auf der Ebene von wichtigen Akteur*innen im Bereich Migration und Integration den positiven Beitrag von Migrant*innenorganisationen besser sichtbar machen und auf die Agenda setzen. Dazu werden wir in verschiedenen Formaten mit Vertreter*innen aus lokaler Politik und Verwaltung, aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ins Gespräch kommen.

ECHO: Was bedeutet das genau: „konkrete Hilfestellungen für Vereine geben“?

Rojda Savas (Projektmitarbeiterin): Auch wenn ein Verein für sich entscheidet sich zu öffnen, steht er erst einmal vor ganz vielen Fragen: Wie genau soll das eigentlich gehen? Wie mache ich den ersten Schritt? Was kann man zusammen machen? Brauche ich dafür interkulturelle Kompetenzen und



Projektmitarbeiterinnen und Vereinsvertreter

Foto: J. Abolnikov

wo kann ich die erlernen? Und vor allem: Wie können solche gemeinsamen Aktivitäten finanziert werden? Bei all diesen Fragen unterstützen wir Vereine individuell.

Nadia Sert (Projektmitarbeiterin): Außerdem sind zahlreiche Veranstaltungen geplant, bei denen sich Vereine vorstellen können und ein Austausch von uns moderiert wird. Dabei bieten wir die Plattform und entwickeln passende Formate, um Interessierte in Kontakt zu bringen. Wir sprechen auch von uns aus Vereine an und versuchen sie für eine Öffnung zu interessieren.

ECHO: Wie können denn größere Veranstaltungen unter Pandemie-Bedingungen umgesetzt werden?

Kirsten Hoesch: Wir haben direkt nach dem Lockdown im März damit begonnen Veranstaltungsformate in den digitalen Raum zu verlagern. So ist u.a. eine Webinar-Reihe in Kooperation mit einigen Wissenschaftler*innen entstanden (s. Beitrag in dieser ECHO). Der Kontakt mit Vereinen wird telefonisch, digital und nun teilweise auch wieder persönlich gehalten. Die eigentlich geplanten größeren Vereinsforen wandeln wir nun in mehrere kleinere Arbeitsgruppen um. Vielleicht ist das auch eine Chance für einen intensiveren Austausch. Da das Projekt bis Sommer 2022 läuft, hoffen wir natürlich sehr, dass u.a. eine größer angelegte INSIST-Vereinsmesse noch stattfinden kann.

VMDO/Projekt INSIST und AK Transfer starten Webinar-Reihe

Neues Format für Austausch zwischen Migrationspraxis und Wissenschaft

Der Arbeitskreis Transfer im Netzwerk Fluchtfor- schung in Kooperation mit dem VMDO/Projekt INSIST bieten seit Mai 2020 einmal im Monat (jeweils 2. Dienstag, 14-15 Uhr) eine Webinar-Reihe mit dem Titel „Chancen, Herausforderungen und Erfahrungen im Umgang mit unterschiedlichen Wissensformen in Wissenschaft und Praxis“ an. Ziel ist es, den Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft im Bereich Migration und Integration zu fördern. „Die Webinar-Reihe ist aus der Not der Corona-Lage entstanden“, sagt Dr. Kirsten Hoesch, Projektleitung INSIST. „Eigentlich sollte ein Workshop im Haus der Vielfalt stattfinden. Doch nun zeigt sich, dass das neue Format offenbar sehr gut geeignet ist, um Wissenschaft und Praxis zusammenzubringen. Inzwischen haben sich über 70 Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland für die Reihe angemeldet.“ Das Format ist so angelegt, dass Vertreter*innen aus Wissenschaft und Praxis miteinander ins Gespräch finden. Dazu trägt abwechselnd entweder eine Wissenschaftlerin/ein Wissenschaft-



Willkommen zum Webinar Wissensformen

in Kooperation mit INSIST | VMDO

ler zu einem Migrations-/Integrationsthema vor, gefolgt von einem Kommentar einer Praxis-Vertreterin/eines Praxisvertreters – oder umgekehrt. Im Anschluss können sich die Teilnehmenden an der Diskussion beteiligen. Das nächste Webinar findet am 14.07. 2020, 14-15 Uhr statt. Thema: „Wissensmanagement und -transfer durch Akteurskooperationen – empirische Befunde aus der Flüchtlingslage 2015/2016“. Vortragende sind Malte Schönefeld, Jana Frommer, Andreas Werner und Patricia Schütte von der Universität Wuppertal. Moderiert werden die Webinare von Dr. Kirsten Hoesch (VMDO), Dr. Danielle Gluns (Universität Hildesheim) und Prof. Dr. Monika Gosner (Duale Hochschule Baden-Württemberg). Weitere Termine

• 11.08.2020: Renate Brei- hecker/Maik Stöckinger: Fluchtfor- schung in der Praxis. Stolpersteine, Dilemmata und Herausforderungen am Beispiel einer empirischen Studie zur Beziehungsgestaltung von bürger- schaftlich Engagierten und Geflüchteten

• 08.09.2020: Kirsten Rusert/ Memet Kart/Margit Stein: Soziale Kompetenzen für Auszubildende und Mediationstraining für Ausbilder*innen

Die Veranstaltung wird im Rahmen des VMDO-Projekts ‚INSIST – Interkulturelle städtische Initiativen stärken‘ aus Mitteln des EU-Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) kofinanziert. Aktuelle Informationen zu den Veranstaltungen sowie zur Anmeldung finden Sie hier: <https://www.vmdo.de/arbeits-soziales/news-detail/neues/insist-interkulturelle-staedtische-initiativen-st.html>

DGB und ver.di fordern Rettungsschirm für Kommunen



Zum internationalen Tag der öffentlichen Dienste am 23. Juni fordern DGB und ver.di einen ergänzenden Rettungsschirm vom Land für die Kommunen. Sie wollen dadurch verhindern, dass die Krisenlasten auf die Bürgerinnen und Bürger z.B. durch Steuer- und Gebührenerhöhungen in den Kommunen abgewälzt, kommunale Leistungen eingeschränkt und bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gespart wird, da ihrer Ansicht nach Städte und Kommunen die aktuelle Situation nicht aus eigener Kraft bewältigen können.

Deshalb unterstützen sie die Forderung, dass Bund und Land NRW einen „Rettungsschirm zur Stützung der Kommunalfinanzen“ aufspannen und durch konkrete

Maßnahmen seitens der Landesregierung NRW ergänzen:

- die Mittelzuweisung im kommunalen Finanzausgleich sind zu erhöhen
- Ablösung der Altschulden durch die Landesregierung NRW
- Einbeziehung der kommunalen Unternehmen in den Rettungsschirm des Landes
- Mittel aus dem Sondervermögen des Landes zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Corona Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle müssen ergänzend zur Verfügung gestellt werden
- Darüber hinaus sollte ein kommunales Konjunktur- und Investitionsprogramm eingerichtet werden, das die Einnahmeausfälle des öffentlichen Personennahverkehrs mit einem dafür zu schaffenden Notfallprogramm ausgleicht. Die einmalige Erhöhung der Regionalisierungsmittel in Höhe von 2,5 Mrd. Euro wird als nicht



ausreichend eingeschätzt.

- Der kommunale Solidaripakt 2020 in Höhe von 5,9 Mrd. zur Kompensation der Gewerbesteuererfälle greift vor dem Hintergrund der Steuerschätzung aus Mai 2020 zu kurz und muss zwingend nachgebessert werden. Sofern der Bund hier nicht nachbessert, muss auch hier das Land NRW nachhaltig unterstützen.

Jutta Reiter vom DGB:

„Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung übergeht die Altschuldenproblematik der Kommunen. Hier ist die Landesregierung

in der Pflicht einen Lösungsweg aufzuzeigen. Denn sowohl das Problem der Altschulden als auch die neuen Belastungen durch die Corona-Epidemie dürfen nicht durch Kürzungen in der Daseinsvorsorge und der kommunalen Verwaltung gelöst werden. Ganz im Gegenteil, wir brauchen Investitionen in Mobilität, Bildung, Klimaschutz und Gesundheitswesen!“

Michael Kötzing vom ver.di Bezirk Westfalen ergänzt:

„Gegen die Krise anzusparen heißt die Krise zu verschärfen. Die Kommunen sind von zentraler Bedeutung für das Funktionieren unserer Gesellschaft – sie müssen grundsätzlich und erst recht in dieser Situation gestärkt werden. Gerade jetzt sind die Kommunen gefordert, mit gezielten Maßnahmen den von der Krise in existenzgefährdender Weise betroffenen Menschen und Unternehmen aber auch den Kulturschaffenden und Vereinen sowie den Träger der Wohlfahrtspflege zu helfen. Das muss die Landesregierung gewährleisten!“

Ehrennadel der Stadt Dortmund für Gerd Kolbe

Die Ehrennadel der Stadt Dortmund wurde von Oberbürgermeister Ullrich Sierau anlässlich eines Empfangs im Dortmunder Rathaus an Gerd Kolbe verliehen.

Der Rat der Stadt Dortmund hatte sich auf seiner Sitzung am 18. Dezember 2019 für die Auszeichnung Kolbes ausgesprochen. Eine Auszeichnung kann verliehen werden, wenn der Betreffende das Ansehen der Stadt, die Entwicklung der Stadt oder das Allgemeinwohl der Bürger*innen der Stadt in besonderer Weise gefördert hat. 1959 begann Gerd Kolbe seine Laufbahn bei der Stadt Dortmund. 1978 wurde er zum stellvertretenden Leiter der Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit ernannt und war u.a. für die Redaktion des „Dortmunder Bürgerbrief“ zuständig. Kolbe wurde 1988 zum Leiter der Presseabteilung und stellvertretenden Amtsleiter des Informations- und Presseamtes bestellt. Ab 1997 war Gerd Kolbe Dortmunder Manager für Großereignisse und damit der zentrale Ansprechpartner für die unterschiedlichen Veranstalter. Im Jahr 2000 wurde Gerd Kolbe zum Leiter der neuen Pressestelle, welche aus dem Büro



Gerd Kolbe (mitte) mit OB Sierau

Foto: Stadt Dortmund

für Presse und Öffentlichkeitsarbeit herausgelöst wurde. Auch wurde er in diesem Jahr zum offiziellen Pressesprecher der Stadt Dortmund ernannt. Anlässlich der Fußball Weltmeisterschaft 2006 wurde Kolbe zum WM-Beauftragten ernannt, er leitete ab 2004 das WM-Büro zur Organisation des „Sommermär-

chens“ in Dortmund. Nach 47 Jahren Dienstzeit ging er 2006 mit 61 Jahren in den Ruhestand. Auch nach seiner Pensionierung war Gerd Kolbe als Berater für Großveranstaltungen international gefragt. Zur Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika gehörte Kolbe zu einem zehnköpfigen deutschen Expertenteam, das über das Entwicklungshilfeministerium (Gesellschaft für Technologie Zusammenarbeit (GTZ)) die WM-Planer in Südafrika unterstützte. Im Vorfeld der FIFA WM 2018 in Russland reiste Kolbe als Berater mehrmals in die Dortmunder

Partnerstadt Rostow am Don. Er begleitete die Vorbereitungen und Bekanntmachung der WM-Aktivitäten über die Internetseite der Stadt Dortmund sowie die regionalen und Medien in Form einer Medienoffensive. Weiterhin organisierte Gerd Kolbe von 1991 bis 2019 die Dortmunder Schachtage, die jetzt Chess-Meeting heißen. Seit 1989 organisierte Kolbe im Rahmen seiner Diensttätigkeit bei der Stadt Dortmund Fan-Treffs vor internationalen Spielen des BVB und die Meisterfeiern. Auch plante er als erster die öffentliche Übertragung von Spielen, heute als „Public Viewing“ bekannt. Als Leiter der AG Tradition der BVB Fanabteilung entwickelte Kolbe das Schulprojekt „Der BVB in der NS-Zeit“. Kolbe war Mitorganisator des Projektes „Interreligiöses Fußballspiel“, bei welchem geistliche Vertreter verschiedener Religionen gegeneinander antraten.

Stadt Dortmund

Die Dortmunder Kulturszene in der Pandemie

Gespräch mit Kulturdezernent Jörg Stüdemann

Fortsetzung von Seite 1

„Es geht hier in erster Linie um die kleinen Unternehmen, Clubs, Veranstalter, die ausschließlich von ihren Einnahmen leben. Zum Beispiel Clubs wie das „domicil“ oder das „FZW“ bekommen eine regelmäßige Kulturförderung, die ausreicht um den Veranstaltungsort, also das Haus zu sichern.“, erklärt Jörg Stüdemann. „Bei Clubs wie dem „Subrosa“ oder dem „Piano“ in Lütgendortmund sieht das anders aus. Und gerade im Bereich Veranstaltungen, egal welcher Art, sind ja viele kleine Unternehmen und Selbstständige involviert, Veranstaltungstechniker, Bühnenbauer u.s.w., die trifft es natürlich besonders hart.“ Stüdemann hofft, von der einen



Jörg Stüdemann Foto: Bellyart

Milliarde aus dem Konjunkturpaket ca. 7-8 Millionen für die Stadt Dortmund zu bekommen. Die Stadt rechnet mit einem Verlust

durch die Pandemie von über 180 Millionen, das sind Verluste durch ausbleibende Gewerbesteuer und zusätzlichen Sozialausgaben.

Da die Förderungen und Förderbedingungen für den Kulturbereich sich fortlaufend entwickeln und verändern, hat das Kulturbüro der Stadt Dortmund auf seiner Internetseite alle Fördermöglichkeiten für Kulturschaffende aufgelistet und aktualisiert diese laufend. Alle Infos finden sich unter www.dortmund.de - Freizeit, Kultur, Tourismus - Kulturbüro - Kulturförderung.

„Besonders betroffen sind natürlich auch freischaffende Musiker, Künstler, DJs, Leute, die auf Veranstaltungen, Hochzeitsfeiern

und ähnliches angewiesen sind. Für die ist es besonders bitter.“, sagt Jörg Stüdemann. „Auch unter den Flüchtlingen, die in die Stadt gekommen sind, sind zahlreiche Musiker und Künstler, oft sind die sehr gut ausgebildet und bekannt in den jeweiligen Communities. Die leben von Auftritten auf Festen und Feiern der Communities, haben aber jetzt kein Einkommen mehr. Die wissen meist gar nicht, welche Förderungen möglich sind.“ Doch auch diesen Künstlern soll geholfen werden, denn die Kultur der Stadt ist ein großer, bunter Mix aus der Vielfalt der Kulturschaffenden, der sich über Jahrzehnte hier entwickelt hat. So soll es auch bleiben.

Hansgeorg Schmidt

„Das könnte noch viel Streit und Ärger geben“

Die Zeiten der Corona Pandemie trifft auch die Gastronomie in Dortmund schwer. Wir haben beim „Subrosa“ im Norden, in der Nähe des Hafens, nachgefragt.

Wie haben sie den Beginn der Pandemie in ihrem Haus erlebt?

Wir hatten die Lage, wie viele andere auch (u.a. auch die Regierung und das RKI), nicht als dramatisch empfunden und somit war auch der Umstand klar, dass die Club-Konzert Saison ausfällt und der totale Lockdown bevorsteht.

Dann wurden es stressige Wochen, in denen wir die Spelunke und den Konzertraum „Winterfest“ gemacht haben - Strom aus, Essen verteilt. Zu dem Zeitpunkt war der Gedanke noch, dass wir eventuell nur 1-2 Monate pausieren. In der Folge wurden viele Anträge gestellt - KUG (Kurzarbeiter*innen Geld, Anm. d. Red.), Sofort-Hilfe, Stundungen, Gema, Berufsgenossenschaft und viele mehr. Ich hatte den Mini-Jobber*innen noch ein Urlaubsgeld gezahlt für die ausgefallenen Schichten. Und dann hieß es noch 50 Konzerte abzusagen. Traurig, deprimierend und psychisch schwer zu verkraften.

Welche finanziellen und persönlichen Konsequenzen haben sie als Haus durch die Pandemie bereits erlebt oder haben sie zu fürchten?

Wir mussten 60 Tage auf die „Soforthilfe“ warten und wissen heute noch nicht ganz sicher, wofür Sie genutzt werden darf. Offensichtlich nicht für Löhne, was extrem Widersinnig ist - schließlich sieht der Staat den Einsatz von Mini-Jobber*innen vor, nicht aber die Option auf KUG. Wir haben einen festangestellten Tontechniker - in Kurzarbeit bis vorerst Dezember, außer Konzerte werden vorher wieder möglich. Daneben sind eben diese 12 Mini-Jobber*innen die tragenden Säulen unserer Spelunke. Wir haben versucht uns alle gegenseitig zu stützen und es sind auch noch alle mehr oder minder an Bord. Mit Renovierungen, Masken nähen und ähnliche ABM Maßnahmen haben wir die Zeit überbrückt. Danach noch als Bude und Lieferdienst. Nicht der günstigste Weg - aber eines war von Minute 1 sicher: Die Mitarbeiter*innen sind das wichtigste, da Sie auch vorher viel gegeben haben und nachher ein Öffnen ohne sie gar nicht möglich ist.

Finanziell haben wir ziemlich schnell den Boden verloren. Es sah wirklich düster aus Mitte April. Also blieb uns nichts als loszulegen: Lieferdienst, Merch herstellen, Masken nähen und verkaufen und vor allem auf Spendensuche gehen. Die Unterstützung durch Spenden hat schnell und gut funktioniert und den Erhalt ermöglicht.

Haben sie Solidarität erfahren - wenn ja, wie, durch wen und über welche Wege?

Wir haben viel Solidarität erlebt und gegeben! Der Vermieter hat uns geholfen. „Helpyourhometown“ hat uns unterstützt. Die Partei Dortmund. Unser Stammtisch. Und sehr viele andere

Freund*innen des Ladens mit kleinen Spenden, sowie wenige mit sehr großen Spenden.

Die Nachbarschaft hat vorbei geschaut und gefragt, ob und wie Sie helfen können. Die Anzahl der Kommentare und Like-Däumchen im sozialen Netzwerk schnellten in ungeahnte Höhen. Das ist als Indikator, dass wir vielen am Herzen liegen, schön zu sehen und hat auch in der recht Mut- und Lustlosen Phasen geholfen, nicht den Kopf zu verlieren oder in den Sand zu stecken. Und darüber hinaus wurden auch die zu unseren überbehaltenen Preisen angebotenen Bierpakete bestellt - die wir dann per Lastenrad durch die Stadt gekarrt haben, Konzerttickets wurden behalten und vieles mehr. Unsere Gäste und Freund*innen haben wirklich alles dafür gegeben, dass wir auch nach der Krise (wann auch immer das sein mag) weitermachen können.

Welche Hilfe war Ihnen möglich in Anspruch zu nehmen und wo sehen Sie noch Lücken bzw. welche wären nach Ihrem Ermessen wünschenswert?

Neben der Soforthilfe, die durch die Cyber Kriminellen ausgebremst wurde, haben wir nur Spenden erhalten. Die Mittel der Soforthilfe waren schnell ausgegeben, aber die Erleichterung groß, als Sie endlich angekommen war. Den Rückhalt bilden nun noch die Spenden. Stand heute können wir zumindest ohne Gewinnerwartung die Gastronomie betreiben. Um die Soforthilfe könnte es noch viel Streit und Ärger geben, wenn die Rechtfertigungen eingereicht werden müssen. Laut Dehoga (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband; Anm. d. Red.) werden diese Rechtfertigungen schon bald verlangt.

Das die Soforthilfe nicht für Lohn gelten soll, ist für mich in keiner Weise nachvollziehbar. Schließlich geht KUG ebenfalls nicht. Und Student*innen erhalten eben auch kein Arbeitslosengeld. Da entsteht eine Lücke! Getränke sollen auf einen niedrigeren Steuersatz gesenkt werden, aber 3 % von 16 auf 19 helfen gar nicht. Und das bisschen Essen was wir anbieten ist sowieso eher Service für die Gäste als Geschäft. Ansonsten kann ich sagen, dass die Hilfen und Spenden ausreichend sind für eine kleine, im eigentlichen Sinne Eckkneipe wie uns. Die Befürchtung, dass die schlimme Zeit aber erst im September beginnt, haben wir schon. Wenn die Zeit der Außergastronomie vorbei ist und die Abstandsregeln noch gelten, können wir eigentlich nur wieder zuschließen. Die Befürchtung besteht, dass der Zustand bis Mai 2021 anhalten könnte. Oder länger. Wenn dann keine Mittel mehr ausgeteilt werden können, beginnt für viele erst die Krise in der Veranstaltungswirtschaft. Es sieht zusammengefasst wirklich nicht schlecht aus für uns. Die Mühen und Tränen war es also Wert. Um viele andere Gruppen der Kunst und Veranstaltungswirtschaft machen wir uns größere Sorgen.

Simon, Subrosa
Gneisenastr. 56,
D-44147 Dortmund
+49.231.820807

hafenschaenke.de
songsandstories.de
www.helpyourhometown.com

ECHO

Unternehmen: Stimmen aus Dortmund

Dortmunder Unternehmer*innen über ihre Situation in der Corona-Pandemie

Viele Geschäftsleute in Dortmund haben große Probleme, die Einschränkungen und Auflagen in der momentanen Situation zu überstehen. Wir haben mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus verschiedenen Geschäftsbereichen gesprochen.

Ein Sommer ohne Fest

Das Straßenfest der Tamilen fällt der Pandemie zum Opfer

Kalainithy Shabesan ist die Organisatorin und Macherin des tamilischen Straßenfestes, das 2018 das erste Mal auf der Kreuzung Adlerstraße/ Annenstraße gefeiert wurde. Ein buntes, fröhliches Fest mit vielen tamilischen Künstlern, kulinarischen Köstlichkeiten und allem, was die tamilische Kultur zu bieten hat.

In diesem Jahr sollte es sogar an zwei Tagen stattfinden, diesmal auf dem Platz vor dem Dortmunder U. Es sollte größer werden, noch mehr Menschen anziehen und am zweiten Tag die zahlreichen tamilischen Vereine und Organisationen präsentieren. Doch dann kam das Virus und die Kontakteinschränkungen, der Lockdown - das für den August geplante Fest musste abgesagt werden.

"Wir haben das Fest monatelang vorbereitet, über 30 Gruppen und Künstler haben zugesagt, Tanzgruppen haben sich vorbereitet und Choreographien einstudiert. Viele tamilische Restaurantbesitzer und Geschäftsleute haben Stände reserviert, die ganze tamilische Community hat sich auf das Fest gefreut.", sagt Kalainithy Shabesan. Sie ist auch Vorsitzende des tamilischen Künstlervereins und Mitglied im Vorstand des VMDO. "Durch die Kontakteinschränkungen können unsere Jugendlichen und Kinder nicht mehr proben, es ist im Mo-



K. Shabesan und Ehemann vor ihrem Laden

Foto: J.Abolnikov

ment schwierig den Zusammenhalt der Jugendlichen aufrecht zu erhalten, die Motivation durch die Veranstaltungen fällt weg, alle sind natürlich sehr enttäuscht." Sie betreibt einen kleinen Internet-Shop an der Rheinischen Straße, dort hat sie auch eine Halle angemietet um den jugendlichen Tanzgruppen eine Probemöglichkeit zu bieten. " Die Halle kostet 1800 Euro im Monat, ohne die Einnahmen aus dem Fest, den Spenden und der Unterstützung von städtischer Seite können wir uns die Halle nicht leisten. Und wenn

"Es ist eine schwierige Situation für uns alle. Wir haben jetzt nur noch die kleine Hoffnung, dass wir das Fest doch noch im September machen können, später wird es nicht mehr machbar sein. Wir werden es dann wohl mit einem etwas kleineren Programm machen müssen. Aber es wäre trotzdem ein schönes Fest.", hofft Kalainithy Shabesan.

Die Stadt hofft mit ihr, denn das tamilische Fest ist eine besonders schillernde Facette in dieser vielfältigen Stadt.

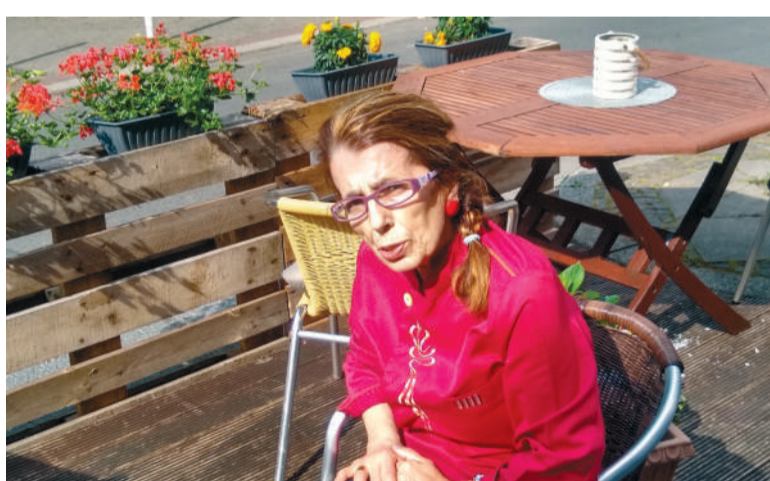
Hansgeorg Schmidt

Keine Mezedes in der Corona – Krise

Gespräch mit der Chefin von „Epsilon“ in Dortmund

Das „Epsilon“ in der Geschwister-Scholl-Straße ist beliebt. Hier gibt es traditionelle griechische Küche, bei der die Vorspeisen – Mezedes – eine große Rolle spielen. Eleni Zissi, als Geschäftsführerin zugleich die Köchin, übernahm 2001 die Räumlichkeiten. Eleni ist ein „Gastarbeiter“ – Kind. Sie sagt, sie habe zwei Zuhause, Deutschland und Griechenland. Ob sie und ihr Mann, der sie mit dem Restaurant unterstützt, in einigen Jahren nach Griechenland „zurückgehen“, ist noch nicht klar. Aber schön wäre das, sagt sie. Sie erzählt: Ihre Eltern hätten sie zunächst bei der Großmutter in Griechenland zurückgelassen und nach drei Jahren nachgeholt. Damals gab es eine große griechische Gemeinde in Dortmund, auch mit einer eigenen griechischen Schule.

Nach dem Hauptschulabschluss und einer Lehre arbeitete sie mehrere Jahre als Verkäuferin. Und dann „traute“ sie sich richtig was: ohne in Geschäftsführung und im Kochen ausgebildet zu sein, gründete sie die Taverne; Verwandte halfen. „Griechisch einmal anders“: Die Taverne sollte anders sein als die bisherigen griechischen Imbisse und Restaurants mit deren großen Zeuss- und Athena-Platten. Das war Eleni be-



Eleni Zissi

Foto: ECHO

sonders wichtig und wurde auch sehr gut angenommen. Dennoch: wie aller Anfang war auch dieser schwer, aber nach einiger Zeit lief es sehr gut, auch, weil es immer mehr deutsche und griechische Stammkunden gab.

Fast 20 Jahre lang. Und dann kam Corona. Komplette Schließung für mehr als zwei Monate. Dann Wiedereröffnung unter Wahrung aller Abstands- und Hygieneregeln – ein Desinfektionsmittelspender wurde im Eingang installiert; Maskenpflicht für das Personal. Aber es ging schleppend wieder los, deshalb wurde zunächst nur Donnerstag bis Sonntag, und nun auch schon ab Mittwoch geöffnet. Weil es weniger Gäste gibt,

wurde auch das Angebot verkleinert, wegen der Risiken größerer Vorratshaltung. Gut, dass es seit einigen Jahren auch eine kleine Terrasse auf dem Bürgersteig vor dem Eingang gibt.

Eleni schätzt, dass sie aufs Jahr bezogen einen Einnahmeausfall von 60 Prozent haben – wenn es keine weiteren Einbrüche gibt. Kellner Vassilis mit seiner Art unverwechselbar „Epsilon“ – ist auch wieder da; am Wochenende helfen auch die Töchter. Ich hoffe, dass alles gut geht und uns unser „verlängertes Wohnzimmer“ erhalten bleibt. Eleni jedenfalls ist optimistisch. Optimismus hat sie immer gebraucht.

Angela Paul-Kohlhoff

„Ich war zufrieden mit der Hilfe“

Friseurmeisterin Fatoumata Nsonga („Mrs Fati“) berichtet über ihre Erfahrungen in der Corona-Pandemie.

Mein Name ist Fatoumata Nsonga. Ich besitze meinen Salon seit 6 Jahren und lebe seit 16 Jahren in Deutschland. Ich habe meine Ausbildung und meinen Meisterbrief in Deutschland gemacht.

Die Wiedereröffnung meines Ladens nach den Lockerungen der Corona-Verordnungen war ein bisschen schwierig und umständlich. Sowohl die Kunden als auch die Mitarbeiter mussten sich erstmal neu einstellen – etwa beim Haare waschen: seid Corona müssen wir allen Kunden die Haare waschen – das ist auch Teil der Hygienevorschriften. Das kostet dann natürlich extra für die Kunden und da waren diese am Anfang zunächst wütend. In der ersten Woche musste ich mich daher den Kunden gegenüber oft erklären und sagen, dass ich nichts dafür kann, sondern die Regeln jetzt nun mal so sind. Und mein Mitarbeiter, der hatte trotz Vorsichtsmaßnahmen zunächst Angst, weil er sehr nah am Kunden ist. Dennoch musste er ja Arbeiten. Auch die Arbeitszeit generell verlängert sich durch die verschiedenen Maßnahmen – das Waschen, Trocknen, das Desinfizieren und all das... Und für diese Zeit muss ich natürlich auch mehr Geld von den Kunden nehmen. Die meisten Kunden, die dann 2-3 Stunden hier waren, ohne was zu Trinken und für einen höheren Preis, fanden das natürlich nicht gut. Zusätzlich

haben wir zunächst vor dem Laden die Dienstleistung besprochen und sind dann zusammen rein. Das ganze Herzliche und auch das Gemütliche fällt halt weg und das machte es für uns alle nicht einfach. Und ich verdiene natürlich auch weniger, weil ich weniger Kunden als vorher bedienen kann. Ich war beim Lockdown erstmal geschockt, dass ich 6 Wochen zuhause sein sollte. Ich bin ein Mensch der gern und viel arbeitet und ich mache diesen Beruf aus Leidenschaft. Aber ich habe die Zeit dann genutzt um ein wenig im Laden zu renovieren und mich zu sortieren – halt Dinge, für die man vorher die Zeit nicht hatte. Ich habe mir etwa auch Frisuren und wie man sie macht im Internet angeschaut, ein wenig dazu gelernt. Ich war daher auch sehr froh und glücklich, dass es dann Hilfsangebote gab und habe auch direkt einen Antrag geschrieben. Freunde haben mich auf diese Hilfen von der Stadt aufmerksam gemacht, da war ich auch sehr dankbar für. Ich habe das Geld dann auch bereits



Foto: Lucas Gruyters

nach 3-4 Tagen bekommen. Das ging sehr schnell und so konnte ich auch meine Lieferanten, die ja auf ihr Geld warteten, ausbezahlen. Und auch für meine Miete hat dieses Geld gereicht – ich war also zufrieden mit der Hilfe und fand das wirklich sehr gut.

Adresse:

Belle Hair by Mrs.Fati:
Rheinischestr.30, 44137 Dortmund
Das Interview führten Vedat Akkaya und Lucas Gruyters

Ein Gespräch mit Emir Sefer vom Lezzet Grill in der Saarlandstraße

Das größte Problem der letzten Wochen war die Unsicherheit durch die unterschiedlichen Corona-Verbote. Auch die Angst der Kund*innen vor Kontakt mit anderen Menschen – somit war die Anzahl der Kund*innen zunächst sehr gering. Aber auch wir selber waren sehr verunsichert: Setzen wir die Regeln richtig um? Auf was müssen wir besonders achten? Auch mussten wir den Kund*innen unsere Maßnahmen erklären und verständlich machen. Eine weitere Sorge unsererseits war, ob die Lebensmittel, die wir nun ja wieder einkaufen konnten, ebenfalls hygienisch in Ordnung sind. Auch konnten wir nicht wie sonst üblich für mehrere Tage einkaufen, sondern konnten nur sehr kurzfristig planen. Daher war die gesamte Situation, sowohl von uns als auch die der Kund*innen, sehr von Angst und Unsicherheit geprägt.

Die ersten direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie waren ja, dass wir 3 Wochen ganz schließen mussten. Anschließend haben wir mit 5 Beschäftigten im Schichtdienst gearbeitet und leider mussten wir auch Menschen auf Kurzarbeit arbeiten lassen. Ökonomische Probleme hatten wir vor allem durch die Vorauszahlung an das Finanzamt. Im Normalfall bucht dieses immer für 3 Monate die Steuervorauszahlung insgesamt ab. Dadurch dass wir keine Einnahmen hatten ist unser Geschäftsguthaben dann natürlich zunächst ins Minus gerutscht. Nachdem wir dann mit dem Amt Kontakt aufgenommen haben, haben wir uns auf eine Regelung der Zahlungen pro Monat einigen können. Auch die noch dazu anfallende Miete mussten wir ja noch



Emir Sefer

Foto: Lucas Gruyters

bezahlen. Das war sehr schwierig für uns. Über einen noch längeren Zeitraum hätten wir das alles finanziell nicht mehr geschafft... Die Cafes und Kneipen um uns herum hat es in dieser Hinsicht, glaube ich, noch mehr getroffen – diese dürfen ja gar nicht öffnen. Und das traf ja auf die meisten Geschäfte hier im Umfeld zu und somit war es auch nicht möglich Kontakt zu diesen aufzubauen. Wir haben dann versucht offizielle Corona-Hilfe zu bekommen, da eine gegenseitige Unterstützung bzw. Solidarität hier im Viertel schwer herzustellen war. Leider waren wir hierbei ein wenig spät und haben dadurch, dass ja auch am Anfang viele Betrugereien mit der Corona Hilfe versucht

wurden, unserer Unterstützung erst sehr spät im Mai bekommen. Dennoch ist die Unterstützung dann gut bei uns angekommen.

Allerdings gibt es schon ein paar Dinge, die in der konkreten Umsetzung von solcher Unterstützung in Krisenzeiten besser gemacht werden könnten. Die Gesetze und Verordnungen waren gut und beruhigend, etwa wenn Strom, Miete und ähnliches später gezahlt werden können – das funktioniert aber leider oft nur in der Theorie. In der Praxis war es so, dass etwa das Finanzamt, wie bereits gesagt, ganz normal ihre Buchungen gemacht hat. Das gleiche fand auch bei der Miete und den Stromzahlungen statt. Des Weiteren kam hinzu, dass die Preise für unsere Einkäufe von Fleisch und Gemüse jeweils um 2-3€

gestiegen sind. Aber wir mussten unser Geschäft ja wieder öffnen, sonst hätten wir nicht überleben können. Hierzu wären verbindliche Regeln und Vorgaben nötig gewesen und nicht nur Vorschläge, die theoretisch blieben. Alles Finanzielle lief normal weiter und wir mussten sehen, wie wir die Situation meistern konnten. Die Empfehlungen des Gesetzgebers reichten hier nicht aus, es hätte verbindliche Regeln und Gesetze, auch mit Konsequenzen im Handeln der Ämter, Händler, Vermieter und Stromanbieter geben müssen.

Adresse: **Lezzet Grill:**
Saarlandstr. 88, 44139 Dortmund
Das Interview führten Vedat Akkaya und Lucas Gruyters

Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

MIA-DO-KOMMUNALES INTEGRATIONSZENTRUM DORTMUND

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund arbeitet an der Umsetzung des „Masterplan Integration“.
Betenstr. 19, 44122 Dortmund
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027
E-Mail: miadoki@dortmund.de
Internet: miadoki.dortmund.de

BÜRGERDIENSTE

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332,
buergerdienste@stadtdo.de

EINBÜRGERUNG

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.
Online-Terminvereinbarung unter www.einbuergerung.dortmund.de
E-Mail: einbuergerung@stadtdo.de
Die Einbürgerungsstelle:
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr.
07:30 - 12:00 Uhr

INTEGRATIONS-SPRACHKURSTRÄGER

Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-838000
info@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft-deutschland.de

Planerladen e.V., Sprachförderung
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-828362
sprachfoerderung@planerladen.de
www.planerladen.de

pdl – Projekt Deutsch lernen
Interkulturelles Zentrum am Burgtor
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-839822
www.vfz.de, E-Mail: office@vfz.de

Berlitz Deutschland GmbH
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund
Tel.: 0231-1385060
Fax: 0231-13850669
dortmund@berlitz.de
www.berlitz.de

CJD-Sprachschule
Haus am Park, Evinger Parkweg 11
44339 Dortmund
Tel.: 0231-985023-9998
barbara.fertsch@cjd-dortmund.de
www.cjd-dortmund.de

IB Geschäftsstelle Dortmund
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-58449860
sbs-dortmund@internationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Kath. Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848249
gahle@kbs-dortmund.de
www.kbs-dortmund.de

TÜV-Nord Bildungszentrum Dortmund
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund
Bildungsberater für Unternehmen und Privatkunden
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035,
H.: 0171-7646102
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031
E-Mail: r.kaczynski@tuv-nord.de

VHS Dortmund
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-24705
jdieckerhoff@stadtdo.de
www.vhs.dortmund.de

VHS Dortmund – persönliche Beratung
Infos unter www.vhs.dortmund.de und im gedruckten Programmheft.

Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

Westfalia Bildungszentrum e.V.
Bissenkamp Str. 12-16, 44135 Dortmund
Mo.-Fr. 08:30-19:00, Sa. 09:00-14:00
Telefon: 0231-33015438
info@westfalia-bildungszentrum.de

Bildungswerk Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Bornstr. 83, 44145 Dortmund
Tel: 0231/58693871
kkeinemann@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

INTEGRATIONSAGENTUREN

Planerladen e.V. Integrationsagentur Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund
Tel. 0231-8820700
integration@planerladen.de
www.planerladen.de
www.integrationsprojekt.net

AWO UB Dortmund
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-210
r.erdmann@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810218
karin.langrzyk@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-55747213
dick@jkgd.de, www.jg-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e. V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-86108020
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Berenice Becceril
Oesterholzstr. 120, 44145 Dortmund
Tel: 0231/2866255
bbecceril@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

MIGRATIONS-BERATUNGSSTELLEN

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-0
info@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e.V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-861080-0
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstraße 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810-0
migrationsberatung@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Diakonisches Werk Dortmund
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8494-600
sozialbuero@diakoniedortmund.de
www.whs.diakoniedortmund.de

IN VIA Dortmund e.V. Jugendmigrationsdienst
Propsteihof 10, 44137 Dortmund

Tel.: 0231-1848-142
u.kurz@invia-dortmund.de
www.invia-dortmund.de

Stadtteil-Schule Dortmund e.V.
Gabi Frohnert
Berenice Becceril
Oesterholzstr. 120,
44145 Dortmund
Tel: 0231/28662580
gfrohnert@stadtteil-schule.de
www.stadtteil-schule.de

HILFE UND ANGBOTE FÜR FRAUEN

Dortmunder Mitternachtsmission Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel
Dudenstraße 2-4,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-144491
mitternachtsmission@gmx.de
www.mitternachtsmission.de
Frauenberatungsstelle Frauen helfen Frauen e.V.
Märkische Straße 212-218,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-521008
frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de
www.frauenberatungsstelle-dortmund.de

Frauenübernachtungsstelle Diakonisches Werk
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5
44135 Dortmund
Tel.: 0231-584496-0
fues@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

Frauzentrum Huckarde
Arthur-Beringer-Straße 42
44369 Dortmund
Tel.: 0231-391122
info@frauenzentrum-huckarde.de
www.frauzentrum-huckarde.de

Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Dortmund e.V.
Hospitalstraße 6,
44149 Dortmund
Tel.: 0231-141 662
buero@muetterzentrum-dortmund.de
www.muetterzentrum-dortmund.de
Öffnungszeiten des offenen Treffs und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00
LEBEDO, Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle Frauen und deren Freunde und Angehörige
Goethestr. 66, 44147 Dortmund
(Untergeschoss Edward-Clement-Haus),
Tel.: 0231-98221440, info@lebedo.de
oder brokemper@lebedo.de,
www.lebedo.de

ERZIEHUNGSHILFE

AMBE - Ambulante Erziehungshilfe (mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)
Öffnungszeiten und telefonische Sprechzeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr Rheinische Str. 171, Osterlandwehr 12-14, 44147 Dortmund Telefon: 0231 286783-50 oder -51 Fax: 0231 286783-49

BERATUNGSTELLEN

Arbeitslosenzentrum
Leopoldstr. 16-20,
44147 Dortmund
Telefon: 0231-812124
info@alz-dortmund.de
www.alz-dortmund.de
Bürozeiten: Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00; Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstr. 8-12,
44145 Dortmund
Beratungsstelle Westhoffstraße:
Tel: 0231-840340.
Fax: 0231-840341

Mail: info@westhoffstrasse.de
www.westhoffstrasse.de
Soziales Zentrum:
Tel: 0231-840310
Seniorenwohnungen:
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

FEEDBACK
Fachstelle für Jugendberatung & Suchtvorbeugung Dortmund
Kuckelke 20,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-70099290
info@feedback-dortmund.de
www.feedback-dortmund.de

Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
Ostenhellweg 42-48,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-529097. Fax: 0231-52090.
selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-dortmund.de
Sprechzeiten: Mo + Mi 9:00-13:00 und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und Telefonische Abendsprechzeit: 1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

Evangelische Beratungsstelle für Erziehungs-, Ehe- u. Lebensfragen
Klosterstraße 16,
44135 Dortmund
Telefon 0231-8494480
Erziehungsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund
Telefon 0231-86108515

Beratungsstelle Scharnhorst
Hesseweg 24,
44328 Dortmund
Telefon 0231-239083

Beratungsstelle für Personen deren Versicherungsstatus unklar ist
Clearingstelle Gesundheit Dortmund
Ludwigstr. 14, 1. Etage,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-28676022
Beratungssprachen: Deutsch, Rumänisch, Serbisch, Katalanisch, Spanisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch, Mazedonisch, Italienisch

GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

JobCenter Dortmund
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Südwall 5-9,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-842-1572
jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de
www.jobcenterdortmund.de

Agentur für Arbeit Dortmund
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsbeauftragte
Steinstr. 39,
44147 Dortmund
Tel.: 0231-842-1272
dortmund.bca@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de/dortmund

QUARTIERSMANAGEMENTSBÜROS

Geschäftsstelle Quartiersmanagement Nordstadt
Mallinckrodstr. 56,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-2227373
Martin Gansau, Projektleitung
info@nordstadt-qm.de
www.nordstadt-qm.de

Quartiersbüro Hafen
Schillerstraße 37,
44147 Dortmund
Didi Stahlschmidt.
Sprechzeiten:
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.
hafen@nordstadt-qm.de

BERATUNGSSTELLEN FÜR SENIOR(INN)EN

Seniorenbüro Innenstadt West
Lange Str. 42, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-39572-14
Seniorenbüro Innenstadt Ost
Märkische Str. 21, 44141 Dortmund
Tel.: 0231-50-29690
Seniorenbüro Innenstadt Nord
Westhoffstr. 8-12, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-4775240
Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck
Aplerbecker Marktplatz 21,
44287 Dortmund.
Tel.: 0231-50-29390
Seniorenbüro Dortmund-Brackel
Brackeler Hellweg 170,
44309 Dortmund
Tel.: 0231-50-29640

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DORTMUND

NORDSTADT-BÜRO
Mallinckrodstraße 2, 44145 Dortmund
Tel. 0231-286739-0
hubert.nagusch@stadtdo.de

GESUNDHEITSBERATUNG

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Mitte
Eisenmarkt 3, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022534
E-Mail: 53psych-mitte@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Nord
Bornstr. 239, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-5025391
E-Mail: 53psych-nord@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Methadonambulanz
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638
E-Mail: 53methad-amb@stadtdo.de
Susanne Dillenhöfer, Ärztliche Leiterin

Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS und Tuberkulose
Hövelstraße 8,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592
E-Mail: aidsberatung@stadtdo.de
Internet: dasaidsteam.dortmund.de
(keine Anmeldung erforderlich)

DROBS Drogenberatungsstelle
Schwanenwall 42, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-4773760
E-Mail: info@drops-dortmund.de
www.drops-dortmund.de

FLÜCHTLINGSARBEIT (VMDO E.V.)

Flüchtlingsberatung VMDO e.V.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Ulrike Podhajska
Tel: 0231-28678242.
Fax: 0231-28678166
E-Mail: u.podhajska@vmdo.de
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)

Beratungen zur Beruflichen Entwicklung
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Gisela Reppel (g.reppel@vmdo.de)
Antje Krah (a.krah@vmdo.de)
Telefonische Terminvereinbarung
Tel.: 0231-28678744, Fax: 0231-28678166
www.vmdo.de/bevi/

KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)

Offener Kinder- und Jugendtreff für Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00, Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr
Tel.: 0231-28678163,

www.vmdo.de.
f.toker@vmdo.de

Samo.fa

Beratung und Begleitung von MIO Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund
Armelle Djine (a.djine@vmdo.de)
Johanna Jost (j.jost@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Telefonische Terminvereinbarung

Bildungswerk Vielfalt

Bereichsleitung Bildung Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Leitung: Kati Stüdemann
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166
Email: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de
Päd. Mitarbeiterin: Ulrike Podhajska
Erreichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

Futurum NRW

Beratung & Begleitung von Menschen mit & ohne Migrationshintergrund für den Pflege- & Gesundheitsbereich.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Sevim Kosan, Dr. Gürsel Çapanoglu,
Emails: s.kosan@gid-do.de,
g.capanoglu@gid-do.de
Tel. 0231 28678753. Mo – Fr, 10:00 – 15:00 Uhr nach Terminvereinbarung

Train of Hope Dortmund e.V.

Flüchtlingshilfe Dortmund
Münsterstr. 54, 44145 Dortmund
Tel : 0231/97062647

Step by Step

Soziale Integration und gesellschaftlichen Teilhabe für Geflüchtete
Hatun Citkin (h.citkin@vmdo.de)
Haifaa Abdulaziz (h.abdulaziz@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

Eltern- Kind Gruppen für Geflüchtete

Kinderbetreuung, Beratung für Eltern, Netzwerkarbeit mit Bildungsinstitutionen
Felix Tolker,
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

Alltagsbegleiter

Hilfestellungen bei: Behördengängen, Arzt- und Anwaltsbesuchen u.a. Herausforderungen
Sprachen: Farsi, Kurdisch und Arabisch
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Email g.harbig@vmdo.de
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

Servicestelle Arbeit und Leben im Jobcenter

Hilfestellungen und Beratungen zum Themenfeld Arbeit und Leben
Sprachen: Türkisch und Arabisch
Tel 0231 286 78 753
Fax 0231 286 781 66
Email s.koese@vmdo.de
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag
9.00 – 14.00 Uhr
Steinstr. 39, 44147 Dortmund

Bewusst – Gesund – Aktiv Gesundheitsförderung für MigrantInnen im Quartier

Ansprechpartnerin: Schahla Yawari
Tel.: 0231 28678 -452 und -453
E-Mail: s.yawari@vmdo.de
Schützenstraße 103, 44135 Dortmund



ECHO der Vielfalt

Angebot "Häusliche Betreuung bei Pflegebedürftigkeit und Demenz"



**HÄUSLICHE BETREUUNG
BEI PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT & DEMENZ**

Deutsch

Die Zielgruppe unseres Pflegekonzepts umfasst ältere türkischstämmige Menschen mit Demenzerkrankung und ihre Familien sowie zu Hause gepflegte, ältere türkischstämmige Menschen und ihre Familien.

Unsere Dienstleistung und unsere Angebote (soziale Aktivitäten) und einen Service für türkische ältere Menschen finden zweimal pro Woche für 2-3 Stunden statt.

Das Ziel der Pflege:

- Die Patient*innen fühlen sich wieder als aktives wertvolles Mitglied der Gesellschaft
- Bewahrung der Langzeiterinnerungen
- In der vertrauten Umgebung – zu Hause - verbleiben
- So weit wie möglich sich eigenständig und ausreichend um sich selbst kümmern
- Sicherstellen, dass die Patient*innen ihre sozialen Beziehungen pflegen können
- Sicherstellen, dass die Familien während dieser herausfordernden Phase und zu bestimmten Zeiten sich um ihre eigenen Belange kümmern, entspannen und regenerieren können.

Unsere Leistungen:

- Gehirntraining fördernde Spiele spielen
- Gemeinsam unterhalten
- Persönliche Fotoalben durchschauen, um Erinnerungen wiederzubeleben
- Über das Vergangene und die Heimat sprechen
- Gemeinsam Lieder aus der Jugend singen

- Gemeinsam Mahlzeiten zubereiten
- Spazieren gehen
- Unterstützung bei der Verrichtung des alltäglichen Lebens
- Türkische Filme ansehen
- Begleitende Arzttermine
- Sicherstellung der Entwicklung des sozialen Lebens

Wir bieten Ihnen unseren Service mit unseren erfahrenen, türkisch sprechenden Ehrenamtlichen an, die bei uns geschult wurden.

Die Kosten der Dienstleistung werden auf Antrag von der Pflegekasse getragen. Wir helfen Ihnen bei der Beantragung.

Türkisch

Bakım konseptimizin hedef kitlesi Demans hastası olan türk yaşlılar, aileleri ve evde bakım gören yaşlılar ve ailelerini kapsıyor. Demans hastası olanlar, öğrendikleri almanca da unuttukları için, türkçe bilen ve onlara destek verecek olan Gönüllülerimizle size hizmet veriyoruz. Aileler evdeki yaşlı hastanın bakımından dolayı oldukça yıpranmaktadır.

Onlar da bizim vereceğimiz hizmetle rahat edip, dinlenebileceklerdir. Verdiğimiz hizmetlerle iyi bir yaşam kalitesine hem hastalarımız hemde aileleri kavuşmuş olacaklardır. Demans hastası olan veya bakıma muhtaç Türk yaşlılara, haftada iki defa 2-3 saatlik hastayı ve yakınlarını rahatlatarak hizmeti (sosyal nitelikli aktiviteler) veriyoruz.

Bakımın hedefi:

- Kendilerini toplumun aktif bir üyesi olarak ve işe yarıyor hissetmelerini sağlamak
- Uzun süreli hafızalarını koruma
- Alışık oldukları ortamda (evde) kalmaları
- Mümkün olabilecek kadar kendilerine yetecek durumda kalmaları
- Sosyal ilişkilerini devam ettirmelerini sağlamak
- Ailelerin zorlu bu süreçte belli zamanlarda kendilerine zaman ayırıp rahatlayabilmelerini sağlamak

Hizmetlerimiz:

- Beyin cimnastisi için oyunlar oynamak
- Birlikte sohbet etmek
- Hatıraları canlandırmak için eski fotoğraflara bakmak
- Eskilerden ve memleketten bahsetmek
- Birlikte yaşlarımızın gençliğinden bildikleri şarkıları söylemek
- Berberer yemek hazırlamak
- yürüyüşe çıkmak
- Günlük yaşamla ilgili desteklemek
- Türkçe filmler izlemek
- Doktor randevularına eşlik etmek
- Sosyal hayatın gelişmesini sağlamak

Her hastanın profili farklı olacağından, o hastaya uygun uygulamalar geliştirilecek ve desteklenecektir.

Bizimle birlikte eğitim görmüş, tecrübeli Gönüllülerimizle sizlere bu hizmeti sunuyoruz.

Bu hizmetlerin masrafları için, Bakım Sigortasına (Pflegekasse) kurum olarak başvuruyoruz. Bu bakımın dilekçelerini vermede size yardımcı oluyoruz.

Eröffnung des Leseclubs im Kinder- und Jugendtreff des VMDO

KiVi - Kinder der Vielfalt bieten künftig vielfältiges Freizeitprogramm rund ums Lesen an

Die Leseclubs der Stiftung Lesen bieten Kindern eine außerunterrichtliche Lernumgebung, um gemeinsam zu lesen, zu spielen und mit verschiedenen Medien kreativ zu sein. Die Stiftung Lesen eröffnet gemeinsam einen neuen Leseclub im VMDO e.V. in Dortmund.

Die Leseclubs sind eine bundesweite Initiative der Stiftung Lesen. Das Konzept unter dem Motto „Mit Freu(n)den lesen“ hat sich bereits zu einer Erfolgsgeschichte entwickelt: In der ersten Förderphase besuchten rund 40.000 Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren regelmäßig die 265 Leseclubs, die die Stiftung Lesen mit Mitteln aus dem Programm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und lokalen Bündnispartnern in allen Bundesländern eingerichtet hat. In der zweiten Förderphase des Programms können nun weitere Leseclubs in ganz Deutschland die Erfolgsgeschichte fortschreiben. In den Leseclubs können Kinder betreute freizeitorientierte Angebote wahrnehmen, die ohne Notendruck ihre Lesemotivation steigern. Die Clubs eröffnen dadurch besonders niedrigschwellige Zugänge zum Lesen. So erreichen sie auch Kinder aus bildungsbenachteiligten Verhältnissen und mit Migrationshintergrund. Dabei machen die Leseclubs sich den sogenannten „Peer-Group-Effekt“ zunutze, da sie Kindern Raum bieten, sich gegenseitig zu unterstützen und so zum regelmäßigen Lesen zu motivieren.

Neben einer umfangreichen

Medienausstattung erhalten die ehrenamtlichen Betreuer der Leseclubs Präsenz-Weiterbildungen sowie die Möglichkeit, an weiterführenden Webinaren teilzunehmen. Dies trägt entscheidend zum erfolgreichen Aufbau und einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Leseclubs bei. Die Stiftung Lesen ist Programmpartner im Förderprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Rahmen dieses Programms werden u.a. die Lesemotivation von Kindern und Jugendlichen in ganz Deutschland gesteigert und sogenannte „Leseclubs“ in vielen verschiedenen Kinder- und Jugendeinrichtungen aufgebaut und unterstützt. (www leseclubs.de) Ein Leseclub ist ein vielfältig ausgestatteter Raum mit ausgesuchten Büchern, Zeitschriften, Spielen und digitale Medien. An den Wochenenden werden freizeitorientierte Angebote mit verschiedenen Medien für die Altersgruppe ab 6 Jahren stattfinden. Diese werden von qualifiziertem Personal wie z. B. pädagogischen Fachkräften und Ehrenamtlichen



umgesetzt werden. Das Angebot soll vor allem für bildungsbenachteiligte Kinder, im Alter von 6 bis 12 Jahren gelten. Diese Zielgruppe benötigt besondere Unterstützung, um den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlichem Bildungsweg abzuschwächen. Nur wer lesen kann, hat Chancen auf schulischen und beruflichen Erfolg. Eine stabile Lesemotivation ist dabei die Grundlage einer guten Lesekompetenz. Daher geht es in den Leseclubs darum, bei Kindern erstes bzw. neues Interesse an Büchern und Medien zu wecken und Lesefreude zu vermitteln.

Der Leseclub im KiVi wird nach den Sommerferien eröffnet.

KiVi

FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff

Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

Sabine Janowski

Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄPFE

Gesundheitsamt:

- Zuhel Dagdas**, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
- Melanie Korus**, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
- Ismigyl Myrseel**, Familienhebamme, imyrseel@stadtdo.de
- Fariba Jooyaei**, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
- Angela Schröder**, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
- Désirée Mober**, Familienhebamme, dmober@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße

Marion Korte, Familienhebamme
marion.korte@westhoffstrasse.de
SKF – Sozialdienst katholischer Frauen
Christine Göke, Familienhebamme.
schwangerschaftsberatungsstelle.
goeke@kath-centrum.de

AWO Beratungsstellen

Jenny Becks, Familienhebamme.
j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsli, Familienhebamme.
oechsli@donumvitae-dortmund.org

FAMILIEN-PROJEKT

Dortmund - Netzwerk INFamilie

Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de

Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.

Die Familien-Hotline: Tel: (0231) 50-2 98 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet.

Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:

- Aplerbeck:** Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09
- Brackel:** Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89
- Eving:** August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23
- Hörde:** Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67
- Homburch:** Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27
- Huckarde:** Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35

Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40

Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund
Tel: (0231) 50-2 80 40

Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26

Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69

Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17

Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82

Öffnungszeiten der Familienbüros:
montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie

Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013

Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 44319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5

Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470

Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18

Beratungsstelle Homburch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund

Telefon (0231) 717051

Beratungsstelle Innenstadt

Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115

Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811

Beratungsstelle Mengede

Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

come@home

Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:

c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund

Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114,
r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:

Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635,
ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814,
m.furlan@dksb-do.de

Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580,
niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund

Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund

Lambachstr. 4, 44145 Dortmund

Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE

Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische

Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße

Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Team Kinderschutz im Jugendamt:

Johanna Hopff
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhoppf@stadtdo.de. Tel: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Stadt Dortmund - Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022532, 0231-5023579
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: 53kinder@stadtdo.de
gesundheitsamt.dortmund.de
Renate Breidenbach,
Ärztliche Leiterin
Tel.: 0231 50-22536,
Fax: 0231-1848-220
E-Mail: rbreidenbach@stadtdo.de

Sozialmedizinischer Dienst, Begutachtungen für Erwachsene

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23528, Fax: 0231-50-26789
E-Mail: 53begutachtung@stadtdo.de

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt - Betreuungsstelle

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231 50-24772, 0231 50-23510
Fax: 0231 50-23589
E-Mail: 53betreuung@stadtdo.de

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund

Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Heimatstadt Dortmund ? !

10 Punkte-Papier des VMDO zur Kommunalwahl 2020

1. Gleiche Rechte für Alle!

„Integration“ heißt für uns konsequente Gleichberechtigung. Wenn alle Menschen in unserer Stadt gleichberechtigt wären – mit gleichen Rechten und Chancen –, gäbe es kein Integrationsproblem. Der viel beschworene „Migrationshintergrund“ wäre Nebensache. Die Einwanderungsstadt Dortmund wäre für uns alle vor allem eins: die Heimatstadt unserer gemeinsamen Zukunft.

2. Armut für Niemand!

Rund 35 % aller Dortmunderinnen und Dortmunder haben einen so genannten Migrationshintergrund. Die Diskriminierung, unter der die meisten am meisten zu leiden haben, ist die soziale Benachteiligung. Sie sind weit überdurchschnittlich von Armut betroffen und bedroht. Die Migrantinnen haben zudem noch mit ihrer Diskriminierung als Mädchen und Frau zu kämpfen. Bei Kindern unter 6 Jahren – der Bevölkerungsgruppe mit dem höchsten Migrationsanteil – ist die Armut am größten. Kinderarmut ist hier schon keine Ausnahme mehr, sondern die Regel! Die Armut dieser Kinder ist offenkundig nicht ihre Schuld. Und sie ist offenkundig nicht nur ihr Problem: Eine Stadt, die mehr als ein Drittel aller Kinder in Armut aufwachsen lässt, verbaut sich die eigene Zukunft. Die Kinder von heute werden das Gesicht unserer Stadt von morgen sein. Es ist höchste Zeit für eine Sozialpolitik, die dieses Gesicht zum Lächeln bringt.

3. Arbeit für Alle!

Die Migrantinnen und Migranten in Dortmund kommen aus 170 Nationen. Die allermeisten haben ein Ziel: eine Arbeit, mit der sie ihre Familie über Wasser halten und ihren Kindern ein besseres Leben ermöglichen können. Doch der ersehnte Aufstieg durch Arbeit ist akut bedroht. Die gegenwärtige Krise gefährdet vor allem migranti-

sche Existenzen. Immerhin scheint die Politik endlich begriffen zu haben, dass es „der Markt“ nicht „von selbst“ richten kann. Wir müssen darauf achten, dass die öffentlichen Hilfgelder auch bei denen ankommen, die sie am dringendsten benötigen.

4. Bildung für Alle!

Die den Migrantinnen und Migranten nachgesagte „Bildungsferne“ ist ein dummes Vorurteil. Es verschleiert die verfassungswidrige Realität, dass insbesondere in Deutschland der Bildungserfolg der Kinder vom Geldbeutel der Eltern abhängt. In Dortmund hat „Deutschlands beste Grundschule“ in der kleinen Kielstraße eindrucksvoll bewiesen, dass „Ausländerkinder“ keineswegs dümmer und ihre Eltern sehr wohl motiviert sind. Wo Bildungsbarrieren aktiv abgebaut werden, ist der Bildungserfolg der angeblich Bildungsfernen nicht zu verhindern. Keine Frage: Bildungsgerechtigkeit ist nicht billig. Aber außer Frage steht auch: Das Unterlassen dieser Zukunftsinvestition kostet uns alle noch sehr viel mehr.

5. Wohnraum für Alle!

Wohnen ist Menschenrecht. Es ist nur zu garantieren, wenn der Wohnungsmarkt öffentlich reguliert wird. Sonst wird das Menschenrecht zum Luxus, den sich vor allem Migrantinnen und Migranten immer weniger leisten können. Wir beobachten diese Entwicklung in Dortmund mit großer Sorge. Dortmund braucht eine Rückbesinnung auf die klassisch sozialdemokratische Wohnungspolitik. Das heißt: Förderung von öffentlichem und genossenschaftlichem Wohneigentum, Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und konsequente Bekämpfung von Mietwucher.

6. Gesundheit für Alle!

Hauptsache gesund! Das gilt für Eingewanderte ebenso wie für Ein-

heimische. Aber die ungleichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedeuten auch eine ungleiche gesundheitliche Belastung. Sie liegt bei der migrantischen Bevölkerung deutlich über dem Durchschnitt. Vor allem ältere Migrantinnen und Migranten sind besonders stark auf eine qualitativ hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung für Alle angewiesen. Dieser Bedarf muss endlich angemessen berücksichtigt werden. Gesundheit ist keine Ware!

7. Wahlrecht für Alle!

Bereits 2008 hat der Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich beschlossen, sich für eine Reform des Wahlrechts einzusetzen, die die Diskriminierung der nicht deutschen Bevölkerung beendet. Die Einbürgerung muss erleichtert und die doppelte Staatsbürgerschaft ermöglicht werden. Die bis heute geltende Ausgrenzung von nicht EU-Bürgern bei der Kommunalwahl ist und bleibt ein Skandal. Bis zur Beendigung dieses skandalösen Zustands muss der Integrationsrat gestärkt werden. Der Integrationsrat muss über die notwendigen Mittel und Instrumente verfügen, um seine kritische Querschnittsaufgabe auch tatsächlich wahrnehmen zu können und nicht wie ein integrationspolitisches Feigenblatt dazustehen.

8. Vielfalt statt Einfalt!

Gleichberechtigung ist keine Gleichmacherei. Sie bedeutet nicht zwanghafte Unterordnung unter eine so genannte „Leitkultur“. Echte Gleichberechtigung gibt jeder und jedem die Möglichkeit sich frei zu entfalten. Sie ermöglicht Vielfalt auf Augenhöhe, ein respektvolles und tolerantes Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile. Träger dieser bereichernden Vielfalt sind nicht zuletzt die Migrantenselbstorganisationen. Ihre Leistung wird längst offiziell anerkannt. Aber Lippenbekenntnisse zu

Demokratie, Vielfalt und Toleranz sind nicht genug. Die Migrantenselbstorganisationen brauchen gerade jetzt in der Krise auch materielle Unterstützung. Wir fordern schnelle und unbürokratische Finanzhilfe für die von der Corona-Krise geschädigten Migrantenselbstorganisationen!

9. Refugees welcome!

Teilhabe ist unteilbar. Viele der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund wissen aus eigener Erfahrung aus ihrer Familie oder von Freunden, was es heißt, neu einzuwandern oder als Flüchtling zu sein. Der Umgang mit neu Eingewanderten und Geflüchteten ist ein Prüfstein für die Willkommenskultur unserer Stadt. Die Ausländerbehörde, die Polizei und alle anderen Integrationseinrichtungen müssen stärker als bisher in die gemeinsame Arbeit einbezogen werden. Wir begrüßen, dass sich die Stadt Dortmund der Initiative „Sicherer Hafen“ angeschlossen hat.

10. Rassismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Das qualvolle Sterben von George Floyd vor den Augen der Weltöffentlichkeit hat noch einmal drastisch gezeigt: Rassismus ist brutale Gegenwart! Nicht nur in den USA, sondern auch hier in Deutschland. Im Grundgesetz findet sich bis heute der Begriff „Rasse“, obwohl es keine Rassen gibt. Wir fordern die Streichung dieses unwissenschaftlichen Begriffs. Dortmund hat ein massives Naziproblem. Rassistische Gewalt bis hin zum Mord sind uns leider nicht fremd. Ein Tabu ist bis heute der verleugnete Rassismus in den Behörden und nicht zuletzt bei der Polizei. Wir verurteilen „racial profiling“ in jeder Form! Wir fordern eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle, die von einer Vertreterin oder einem Vertreter der Migrantenselbstorganisationen zu besetzen ist.

ECHO

BÜNDNIS FÜR VIELFALT- DIE VMDO LISTE ZUR INTEGRATIONSRAATSWAHL 2020

Wir setzen uns ein für

- die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus.
- mehr Gewicht und Mitsprache der Migranten und Migrantinnen bei der Gestaltung der Dortmunder Zukunft.
- eine sozial gerechte Wohnungs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie eine Stadtplanung, die die Interessen der Migrantinnen und Migranten berücksichtigt.

Wir können dies, weil wir

- mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten aus vielen Herkunftsländern selbst Vielfalt repräsentieren.
- in vielen Vereinen und Gruppen verankert sind und die Probleme vieler Migrantinnen und Migranten selbst kennen und erfahren.
- großen Wert auf Beteiligung und Mitsprache der Migrantinnen und Migranten legen und in Stadtteilen und Wohnvierteln bereits vielseitige Erfahrung darin gesammelt haben.

Grundsätzlich sind wir:

- für gleiche Chancen und Lebensbedingungen für alle Bürger und Bürgerinnen der Stadt.
- für Kommunales Wahlrecht, Erleichterung von Einbürgerung und die Möglichkeit doppelter Staatsbürgerschaft.



Die Kandidatinnen und Kandidaten mit dem Vorstand des VMDO e.V.: Mariama Saran Sow, Kalainithy Shabesan, Diana Khalaf, Mohamed Lamine Camara, Mohsen Magsoudi, Numan Morshed, Vedat Akkaya, Kaka Dit Moussa Doumbia, Ali Omer Hazim, Mamadou Bobo Barry. Foto: ECHO

Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2020

Der Verwaltungsvorstand befasste sich mit dem „Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa 2020“. Mit Blick auf das Jahr 2019 beschreibt der diesjährige Bericht die Folgen der EU-Beitritte Bulgariens und Rumäniens in Dortmund.

Zuwanderung auch 2019 moderat

Ende Dezember 2019 waren in Dortmund 788 EU2-Angehörige mehr gemeldet als Ende 2018. Das entspricht einem Anstieg um 8,7 % auf insgesamt 9.827 Personen. Im Vergleich dazu lag der Anstieg 2018 etwas niedriger bei 6,2 %; 2015 hatte er noch bei 20,1 % gelegen. Der Anteil der EU2-Bürger*innen an der Dortmunder Gesamtbevölkerung ist leicht auf 1,6 % gestiegen (2018: 1,5 %). Spürbar zurückgegangen ist die enorme Wanderungsdynamik der vergangenen Jahre, die sich aus den Zuzügen nach und den Fortzügen aus Dortmund ergibt: während 2014 noch 14.000 und 2015 noch 10.500 Zu- und Abwanderungen gezählt wurden, waren es im zurückliegenden Jahr nur noch gut 5.000.

Erwerbsintegration gelingt zunehmend

Wie in den Vorjahren bestätigt auch der aktuelle Bericht, dass ein Großteil der aus den EU2-Staaten

zuwandernden Menschen nicht die sprachlichen, schulischen und beruflichen Voraussetzungen mitbringt, um sich in Dortmund schnell zurecht zu finden. Zudem sind viele von ihnen nicht krankenversichert. Dennoch bilanziert der Bericht auch positive Ergebnisse. So entwickelt sich die Beschäftigung unter den Menschen aus Rumänien und Bulgarien insgesamt positiv – das gilt vor allem für die Beschäftigungsquote der Menschen aus Rumänien. Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU2-Bürger*innen wächst weiter an. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit weist für September 2019 insgesamt 2.528 EU2-Staatsangehörige aus, die einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgingen, darunter 1.442 Rumän*innen (Datenstand: April 2020). Ein guter Anteil davon geht auf die Angebote zurück, die die Stadt mit den freien Trägern in den zurück liegenden Jahren in enger Zusammenarbeit aufgebaut haben.



„Seit 2016 sind 1.500 Vermittlungen in Erwerbsarbeit gelungen. Zum überwiegenden Teil handelte es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeit“, freut sich Sozialdezernentin Birgit Zoerner. „Das ist angesichts der Tatsache, dass im Zuge der EU2-Erweiterung Menschen bei uns ankommen, die teils keine formalen Qualifikationen mitbringen, ein sehr gutes Ergebnis. Solche Erfolge sind nur möglich,

weil wir von Beginn an darauf gesetzt haben, Förderketten anzubieten. Kernstück dieser Arbeit ist unverändert die „Anlaufstelle Willkommen Europa“ in Trägerschaft von Caritas, Diakonie, dobeq und GrünBau. Hier werden die unterschiedlichen Hilfen dieser Träger miteinander verzahnt angeboten. Dazu gehören aufsuchende Arbeit und die Erstberatung der Menschen direkt nach ihrer Ankunft

in Dortmund. In immer besser abgestimmten Verfahren werden die Qualifikationen und Kompetenzen der Zugewanderten herausgearbeitet und darauf aufbauend in Kooperation mit den Regelangeboten und weiteren Projekten berufliche Qualifizierungen angeboten. Auch im Bereich der medizinischen Versorgung haben sich die guten Ergebnisse verstetigt. Seit 2016 finanziert das Land den Betrieb einer Clearingstelle Gesundheit. Hier werden die Voraussetzungen der Menschen geprüft, in eine deutsche Krankenversicherung aufgenommen zu werden, und die notwendigen Schritte initiiert, damit das auch gelingt.

Bund muss sich stärker einbringen

„Die Herausforderungen werden angesichts der geplanten EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten nicht geringer. Dass der Bund bisher weder die Kommu-

nen ausreichend unterstützt noch die Gelegenheit nutzt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, ist nicht akzeptabel. Denn die Folgen haben die Menschen in den Städten zu tragen“, betont Zoerner. In ihrer Rolle als Vorsitzende der AG Zuwanderung des Deutschen Städtetages wird sie gemeinsam mit den dort aktiven Städten auch 2020 intensiv daran arbeiten, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten. „Wir brauchen eine solche Struktur, um gemeinsam mit dem Bund und den Ländern zu konkreten Arbeitsergebnissen für die Herausforderungen zu kommen, die rein kommunal nicht lösbar sind.“ Einige dieser Forderungen – die Verbesserung der Lebenssituation in den Herkunftsstaaten, eine flexible finanzielle Ausstattung, die es ermöglicht, erfolgreich erprobte Ansätze in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen, Qualifizierung in Regelstrukturen zu überführen – fasst der vorliegende Bericht zusammen.

ECHO

Die Situation und Unterstützung von Frauen in Zeiten der Pandemie.

Ein neuartiges Virus: Sars CoV-2. Die Fallzahlen steigen. Pandemie. Leergelegte Regale in den Supermärkten. Kein Klopapier, kein Desinfektionsmittel, keine Masken mehr. Jeden Tag das gleiche Thema: in den Nachrichten, in Gesprächen, in den Köpfen der Menschen.

Ein Husten oder Niesen sorgt schon für Misstrauen. Könnte das schon Corona sein? Angst und Verunsicherung in den Gesichtern der Menschen. Mit Sorge werden die Nachrichten aus dem Ausland, besonders aus China und Italien, verfolgt. Dabei ist das Virus längst schon hier angekommen.

Lockdown. Leere Straßen. Isolation. Geschlossene Grenzen. Familien und Freund*innen, die sich nicht besuchen können. Besonders alte Menschen sind isoliert und bekommen keinen Besuch mehr von ihren Kindern und Enkeln.

Viele Aktivitäten und insbesondere die Kommunikation verlagern sich auf die digitalen Medien. Zuvor galten noch die digitalen Medien als bedenklich, da sie nicht den direkten menschlichen Kontakt ersetzen können. Nun ist es vielfach die einzige Möglichkeit mit Familien und Freund*innen kommunizieren zu können.

Ich und viele andere arbeiten jetzt im Homeoffice. Ich arbeite mit zwei Kolleg*innen in dem Projekt SoFie (Stärkung und Orientierung für Frauen in Integration und Erwerbsleben). Beratungsangebote, Gruppenunterricht, Krisengespräche und Gespräche mit den Behörden



Nadia Sert mit Teilnehmerinnen

Foto: ECHO

werden telefonisch oder per E-Mail erledigt. Die Angebote werden besser angenommen als erwartet. Es ist für die Teilnehmer*innen eine wichtige Unterstützung während des Lockdowns. Manche von Ihnen vermissen ihre täglichen Routinen, die ihrem Leben eine Struktur gaben. Viele machen sich Sorgen um Angehörige und Freunde. Andere freuen sich aber auch, mehr Zeit für sich und ihre Kinder zu haben. Einige haben angefangen Masken zu nähen oder bedürftigen Menschen, die einer Risikogruppe angehören, zu helfen. Schließlich wünschen sich aber alle, dass sie wieder ein normales Leben führen, ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen, Freund*innen und Familie besuchen und Freizeitangebote nutzen können. Mit der Aufhebung des Lockdowns und der Lockerung der Kontaktbeschränkungen können auch schon

wieder einige der Frauen ihrem Beruf nachgehen, an Bildungs- und Beratungsangeboten teilnehmen und ihre Freizeit freier gestalten. So wurde bereits ein Besuch im DASA-Museum und im Westfalenpark organisiert. Sie können wieder vor Ort zusammen mit anderen Frauen am Gruppenunterricht teilnehmen und Beratungsgespräche wahrnehmen. Sie schauen wieder voller freudiger Erwartung in ihre berufliche Zukunft. Ich habe über die Nachrichten und die sozialen Medien erfahren und auch im Alltag wahrgenommen, dass die Welt durch das Virus ein Stück näher zusammengerückt ist. Solidarität und Hilfsbereitschaft haben in unserer Gesellschaft einen höheren Stellenwert bekommen. Nur gemeinsam kann eine solche Krise bewältigt werden.

Gülcan Boran

Die Nordstadt benötigt Grünflächen

Die Nordstadt hat im Vergleich zu anderen Dortmunder Stadtteilen eine geringere Grünfläche. Nun soll die Grünfläche an der Eisenstraße einem Parkplatz weichen. Bäume werden gefällt, Grünflächen verschwinden. Wir haben mit Şenol Muslu, Vorsitzender des Gemüsegartenvereins - Yeşil Bostan, über die derzeitige Situation gesprochen.

Der Gemüsegartenverein nutzt die Fläche an der Eisen-/Burgholzstraße seit 2004. Nun soll ein Teil der Fläche an der Eisenstraße einem Parkplatz weichen – dagegen protestieren die Mitglieder des Vereins. Der Gemüsegartenverein hat aus dieser Fläche ein kleines grünes Paradies geschaffen – vor der Nutzung war die Fläche vermüllt.

Şenol Muslu ist seit mehreren Jahren der Vorsitzende des Gemüsegartenvereins und lebt in der Dortmunder Nordstadt. Er betont immer wieder, dass der Verein aus dieser vermüllten Fläche ein kleines grünes Paradies geschaffen habe. Viele der Mitglieder verbringen gerne ihre Freizeit auf dieser Grünfläche. "Bevor wir als Verein diese Fläche bewirtschafteten, wurde der Platz gerne für den Drogenkonsum genutzt. Bewohnerinnen und Bewohner der Nordstadt bewirtschafteten diese Fläche nun seit Jahren." Im Jahr 2004 wurden die als „Wilde Gärten“ bekannt gewordenen Parzellen in geordnete Bahnen überführt. Unter Moderation des Planerlades e.V. und in Abstimmung mit der Stadt wurde ein Verein gegründet.

Indem die Mitglieder des Vereins

die Fläche bewirtschaften, bleibt diese Fläche sauber, so der Vorsitzende Şenol Muslu. Dennoch hat der Verein nun ein paar Sorgen. "Die Hälfte der Fläche gehört der Stadt und die andere Thyssen. Wir hatten 2004 die Fläche umzäunt. Letztes Jahr kamen Mitarbeiter der Stadt und wollten die eine Hälfte der Fläche eine Bebauung nutzen, Bäume sollten daher gefällt werden. Wir waren dagegen, wollten ein Schreiben sehen, ob die Fläche wirklich für eine Bebauung freigegeben wurde – dem war nicht so. Wir hatten später ein Gespräch mit dem Bürgermeister Manfred Sauer. Wir hatten mit unserem Einspruch Recht – wir können weiterhin die Fläche, die der Stadt gehört, nutzen."



Foto: Mehmed Akif Han

Bäume werden für einen Parkplatz geopfert.

Nun folgte dieses Jahr ein weiteres Problem auf. "Am 20. Januar wurden Bäume auf unserer bewirtschafteten gefällt. Keiner im Verein wurde vorab informiert." Auf Nachfrage erfuhr der Verein, dass eine Firma in der Eisenstraße dafür verantwortlich wäre und die Bäume für einen Parkplatz weichen müsste. Die Bauarbeiten führten dazu, dass einige Eingänge zu den Parzellen durch den

Erdaushub versperrt wurden. "Wir werden euch hier rausschmeißen" wurde ihnen gesagt.

Dann erhielt der Verein am 18. Februar ein Brief von einem Anwalt aus Bonn. Sie erfuhren, dass Ihnen der Pachtvertrag aufgrund der Vermüllung gekündigt wurde und wurden aufgefordert, innerhalb kurzer Zeit die (Thyssen-) Fläche zu räumen. Der Verein widersprach dem Schreiben. Sie wunderten sich, dass sie vorher nicht ein Mahnschreiben erhielten. In dem Schreiben stand auch nicht, dass ein Teil der Fläche einem Parkplatz weichen sollte. "Wir suchen vergeblich das Gespräch mit dem Besitzer der Fläche. Uns wurde dann aufgetragen, bis Ende Mai die Fläche zu räumen. Uns kommt dies alles seltsam vor", so Şenol Muslu.

Wir benötigen das Grün

In den Wintermonaten – und aufgrund der Situation rund um Corona - sind nur wenige Mitglieder vor Ort. Gerade dann wurde mit den Bauarbeiten begonnen. "Wir haben alles dokumentiert und der Stadt zugeschickt. Leider erreichen wir keinen Verantwortlichen, um in Ruhe

alles zu besprechen. Der Vorsitzende betont, dass sie ihr Recht wahrnehmen werden – also sich gegen die Kündigung wehren werden. Er bittet die Stadt um Hilfe, denn es kein nicht sein, "dass die Reichen zahlen und sofort die Bäume gefällt werden. Wir sollten dies nicht zulassen. In der Nordstadt gibt es schon zu wenig Grünflächen. Wir benötigen das Grün!



Afrika-Haus kämpft ums Überleben



Im Januar wurde das Afrika-Haus an der Körnebachstr. 51 eröffnet, es soll eine Anlaufstelle für die afrikanische Community sein, zu der allein in Dortmund ca. 20.000 Menschen zählen. Realisiert wurde das Haus von der AfricanTide Union, ein Verein, deren Vorsitzende Dr. RosaLyn Dressman über Jahre hinweg auf dieses Ziel hingearbeitet hat. AfricanTide ist mit seinen Projekten und Aktivitäten die wichtigste und herausragendste afrikanische Institution in Dortmund. Das Haus bietet neben Bildungsangeboten und zahlreichen Initiativen, Workshops und Seminaren auch eine Kinderbetreuungsstätte, ein kleines Museum, eine Bibliothek, einen Restaurantbereich und Lernspace.

Durch die Corona-Pandemie wurden die Pläne und die Arbeit des Hauses abrupt unterbrochen, das Haus musste schließen. Die Hoffnung auf eine kurzfristige Schließung für ein paar Wochen erfüllten sich nicht und die finanzielle Lage wurde immer prekärer. Letztlich wandte sich der Verein an die Stadt Dortmund und bat um Hilfe, denn allein die Miete für das Haus beträgt 120.000 Euro im Jahr.

Da die Projekte des Vereins alle abgebrochen werden mussten,



Eingang zum Afrika Haus

Foto: J.Abolnikov

müssen nun neue Anträge auf Projektförderungen gestellt werden, die im Moment aber auch nur schleppend bearbeitet werden.

"Es ist im Moment nicht einfach neue Projekte zu initiieren, Kooperationspartner sind schwer zu finden oder zu erreichen.", sagt RosaLyn Dressman. "Es ist eine harte Zeit, die jahrelange Arbeit und sogar die Existenz des Vereins steht auf der Kippe."

Ein Lichtblick ist die Zusage der Stadt Dortmund eine Finanzhilfe von 180.000 Euro zu gewähren, damit ist die Miete für das Haus in diesem und im nächsten Jahr gesichert.

"Wir müssen allerdings 25% Selbstbeteiligung leisten, das ist in der jetzigen Situation nicht so einfach.", stellt RosaLyn Dressman klar.

Die Schutzmaßnahmen während der Corona-Pandemie machen

die normale Durchführung von Projekten, Seminaren eigentlich unmöglich, alles muss mit geringen Teilnehmerzahlen und hohen Hygienemaßnahmen durchgeführt werden.

Daher ist AfricanTide e.V. für jede Unterstützung und Spende dankbar.

Ohne Zweifel ist gerade in diesen Zeiten eine Anlaufstelle wie das Haus Afrika sehr wichtig und wertvoll für die Stadtgesellschaft. Die afrikanischen Communities brauchen gerade jetzt einen Treffpunkt und einen Begegnungsraum, der Weiterbildung, Beratung und die Möglichkeit zum Empowerment bietet.

Das alles und noch viel mehr bietet das Haus Afrika und deshalb sollte der Erhalt des Hauses für die Stadtgesellschaft und ihre Vertreter eine hohe Priorität haben.

Hansgeorg Schmidt



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztage und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

„Shut down Mietenwahnsinn – Sicheres Zuhause für alle!“



Mieter schützen, Mieter nützen!

Der deutsche Wohnungsmarkt ist zunehmend von Kapitalisierung und Gewinnmaximierung geprägt. In Dortmund ist die Wohnanlage Hannibal II in Dorstfeld ein Negativbeispiel für Spekulation am Wohnungsmarkt. Finanzinvestoren und börsennotierte Wohnungsunternehmen treiben die Mieten u.a. durch im Vergleich hohe Mieten bei der Neuanmietung, teure Modernisierungen und umstrittene Betriebskostenabrechnungen in die Höhe. Eine aktuelle Erhebung von angebotenen Wohnungen durch den Mieterverein Dortmund zeigt, dass Wohnungen bis zu 40% über dem aktuellen Mietspiegel angeboten werden.

Mietschulden durch Corona

Die sozialen, wie finanziellen Folgen der Corona-Pandemie verschärfen die bereits angespannte Mieten- und Wohnungskrise zusätzlich. Selbst wenn die Bundesregierung den bis zum 30.06.2020 geltenden erweiterten Kündigungsschutz im Rahmen der Corona-Krise verlängern sollte, drohen ab Herbst 2020

wieder Zwangsräumungen und Kündigungen. Zudem dürfte es für viele der von Kurzarbeit oder Jobverlusten Betroffenen nahezu unmöglich, die bis zum 30.06.2022 fälligen während der Krise aufgehäuften Mietschulden zu begleichen.



Diskriminierung und Verdrängung in Problemhäuser

Dramatisch ist die Situation zudem für die Menschen, denen der Zugang zum ‚normalen‘ Wohnungsmarkt fehlt. Aufgrund von diskriminierenden Vermietungspraxen werden sie in den Graubereich abgeschoben und müssen mit Wohnungen und Mietverhältnissen weit unter Standard leben. Zahlreiche Testings und Studien (u.a. auch des Planerladen e.V.) belegen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Wohnungsvergabe diskriminiert werden. Allein ein nicht-deutsch klingender Name kann eine Benachteiligung zur Folge haben. Besonders problematisch sind die heruntergekommenen Häuser, die für EU-Neuzugewanderte und v.a. Roma oftmals die einzige Alternative als Wohnraum darstellen und in denen aufgrund von jahrelangem Investitionsstau der Eigentümer*innen bereits vor der Pandemie ungesunde Wohnverhältnisse herrschten. Bei berechtigten Mietminderungen wird in solchen Häusern nicht selten seitens der Eigentümer als Abschreckung die Strom- und Wasserzufuhr abgestellt. Die in diesen Zeiten der Pandemie so wichtige Hygienevorsichtsmaßnahmen werden in solchen Umständen faktisch unmöglich.

Die Stadt gehört Allen!

Daher fordern der Planerladen e.V. und der Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V., die Bundesregierung auf, einen Fonds zum Mietschuldenerlass einzurichten sowie für humane, bezahlbare Mieten durch verbesserten Mieterschutz im Mietrecht zu sorgen! Zudem stehen wir für ein Ende der diskriminierenden Vermietungspraxen auf dem Wohnungsmarkt ein und fordern eine Verbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), um Betroffenen eine wirkliche Handhabe gegen Diskriminierung zu ermöglichen.

ECHO

INFO

Der Planerladen e.V. und der Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V. informieren in ihrem gemeinsamen Podcast-Kanal „Wohnen in Zeiten von Corona“ zu mietrechtlichen Fragen, zum Auftakt wird über „Regelungen für Mieter*innen“ berichtet. (youtube.com - Planerladen e.V.) integration@planerladen.de www.planerladen.de

Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V.:

info@mieterverein-dortmund.de www.mieterverein-dortmund.de

Buchbesprechung

Jan Plamper: Das Neue WIR; Warum Migration dazugehört – Eine andere Geschichte der Deutschen. Frankfurt am Main, 2019

Das Buch ist eine historische Analyse der Migration in Deutschland. So führt der Autor auch in seinem Vorwort bereits seine wichtigen Thesen in das Buch ein: „Jeder ist Migrant, fast immer – besonders die Deutschen.“ Nach verschiedenen Aufenthalten in Berkeley und Südkalifornien und ein Jahr in Leningrad zog die Familie nach Berlin. Die Tochter wurde in Deutschland in die Grundschule eingeschult. Sie benutzte zum ersten Mal, als sie gefragt wurde, wie sie sich in Berlin fühlt, das Wort „Ausländerin.“

Das war einer der Gründe des Autors die Migration in Deutschland historisch aufzuarbeiten. Er beginnt seine Auseinandersetzung ab 1945. Er beschreibt, warum die Menschen aus Schlesien nach Deutschland gekommen sind, der Zuzug nach Deutschland als „Deutsche“ - aber eben doch Migranten waren. Danach folgen die Arbeitsmigration nach Westdeutschland und Ostdeutschland. Die Unterschiede des politischen Umgangs in der BRD und der DDR ist ein aufschlussreiches Beispiel dafür, dass in beiden Ländern von Arbeitsmigration nicht auf Integration angelegt war. Ab 1989 ist das Flüchtlings-„Problem“ für

Deutschland aktuell, was bis heute durchaus die Gesellschaft in Deutschland spaltet. Einerseits gibt es eine Mehrheit für Integration und der zunehmenden Perspektive der Abschiebung für Asylsuchende in Deutschland.

Der Autor benennt eindeutig die Einwanderung und Aufnahme von Zuwanderern für die Zukunft als Normalität. Für die Zukunft heißt seine Perspektive: „Eines Tages werden nationale Grenzen wie ein Überbleibsel aus einer untergegangenen Epoche wirken... Die Zukunft ist in jeder Hinsicht grenzenlos.“

Das Buch hat eine „Aufklärungsperspektive“ für alle, die sich mit der Zukunft der Nationalstaaten befassen und bekommt durch diese historische Perspektive eine neue Öffnung der Debatte um Zuwanderung und politische



erweiterte Perspektiven. Dies erleichtert das Verstehen dieser Argumentation durch einen Anhang über Daten und Fakten. Damit sind die Argumente gegen rechtspopulistische Perspektiven gut dargelegt. Es lohnt sich also dieses Buch zu lesen.

APK

„Picture your MINT!“ – Videofilm-Wettbewerb

KITZ.do ruft zum Videofilm-Wettbewerb „Picture your MINT!“ auf

„Picture your MINT!“ - Unter diesem Slogan ruft Kitz.do, das Kinder- und Jugendtechnologiezentrum Dortmund, zum Video-Wettbewerb auf. Egal ob Brick-Film, Stop-Motion, Cartoon oder Video, aufgenommen mit Smartphone oder Digitalkamera; gesucht werden selbstgedrehte und gestaltete Videofilme, die anschaulich, originell und fachlich richtig naturwissenschaftliche Phänomene erklären. Ausgeschrieben ist der Wettbewerb für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen sechs bis einundzwanzig Jahren.

Für die drei besten Videos gibt es jeweils eine nicht käuflich zu erwerbende Kitz.do-Experimentkiste; eine Optik-Kiste in der Altersgruppe 6-10 Jahre, eine Labor-Kiste in der Altersgruppe 11-14 Jahre und eine Mars-Roboter-Kiste in der Altersgruppe 15-21 Jahre. Für alle Einsendungen gibt es ei-



nen Kitz.do-Mitmachpreis.

Prof. Metin Tolun, Professor für Experimentelle Physik an der TU Dortmund, Dr. Marcel Beller (Unternehmerverband der Metallindustrie Dortmund und Umgebung e.V.) und Dr. Ulrike Martin, Leiterin Kitz.do, bilden die sachkundige Jury.

Die Gewinner werden am 28. Au-

gust 2020 persönlich benachrichtigt und die Filme auf dem Kitz.do-youtube Kanal veröffentlicht. Einsendeschluss ist der 7. August 2020, 23:59 Uhr.

Alle weiteren Informationen und die Teilnahmebedingungen unter www.kitzdo.de oder telefonisch unter 0231 476 469 30 sowie per E-Mail an info@kitzdo.de.

KITZ.do Ferienangebote Sommer 2020

Das Kinder- und Jugendtechnologiezentrum Dortmund, Kitz.do, bietet Online-Workshops und Ferien-Workcamp an

KITZ.do bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab 14 Jahren wieder das beliebte, viertägige Workcamp CoBiKe 4.0 an. Diesmal steht das Workcamp ganz im Zeichen der Natur: Vom Kleinstökosystem bis zu globalen Klimaphänomenen untersuchen und erforschen die Teilnehmer die Zusammenhänge zwischen Boden, Gewässer und Klima. Ganz nebenbei lernen sie dabei eine Vielzahl von Berufsbildern kennen, vom Klimamanager über Laborberufe bis hin zum Garten- und Landschaftsbauer. Das Workcamp findet statt vom 13.-16.Juli, eine Anmeldung ist erforderlich. Die Teilnahme ist dank der Förderung durch die Wilo Foundation kostenlos.

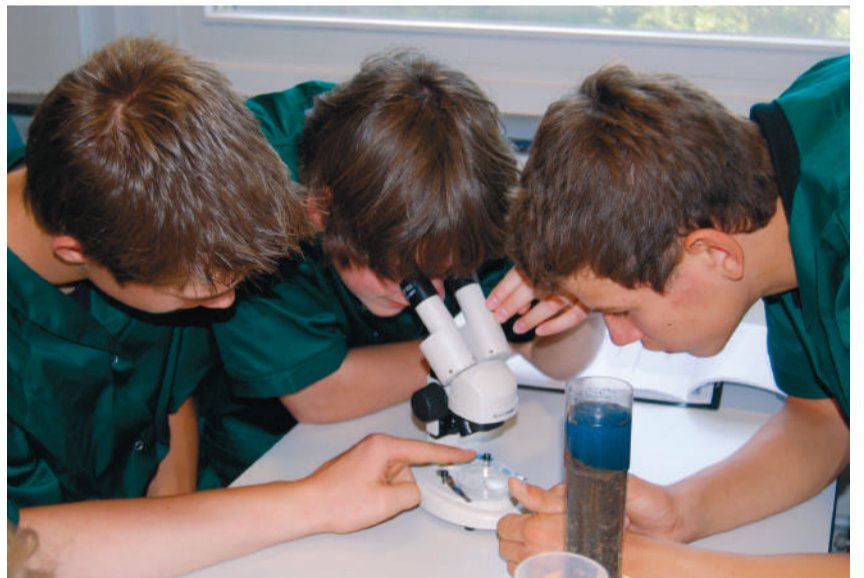
Für Kinder ab 10 Jahren gibt es den zweitägigen Online-Programmier-Workshop Racing Scratch vom 27.-28. Juli. Hier entwickeln die Teilnehmer ein eigenes kleines Autorennen. Sie entwerfen alles selber, angefangen vom Auto über die Rennstrecke bis hin zu Fahrverhalten und speziellen

Add-ons. Teilnahme pro Teilnehmer 10,-€, eine Anmeldung ist erforderlich.

Als drittes Angebot bietet Kitz.do bis zum 22. Juli jeweils mittwochs von 16:00-18:00 Uhr die Teilnahme an einzelnen Online-Programmier-Workshops. Ob Vokabel-Lernsoftware oder digitales Quiz oder ein selbst programmiertes kleines Spiel bieten die Workshops viele Möglichkeiten, die Welt des Programmierens ken-

nen zu lernen und eigene kreative Ideen umzusetzen. Unterstützt werdet sie dabei online von zwei Mitarbeitern. Dank der Förderung durch die Dortmund Stiftung ist die Teilnahme kostenlos, eine Anmeldung ist erforderlich.

Ausführliche Informationen zu den Angeboten und Anmeldungen unter www.kitzdo.de oder telefonisch 0231 476 469 30 sowie unter info@kitzdo.de.



VIVAWEST-HOF-KONZERT

Wir machen aus Ihrem Balkon oder Fenster einen Logenplatz und laden Sie herzlich ein.

#stayhome #wirbleibenzuhause

Machen Sie es sich auf Ihrem Balkon oder am Fenster bequem und genießen Sie Ihr persönliches Konzert und halten Sie so Abstand zu ihren Mitmenschen. Live-Musik direkt vor Ihrem Fenster.

Das Konzert wird durch die GrünBau gGmbH organisiert.

Als Ihre persönliche Ansprechpartnerin steht Ihnen Frau Katharina Kwiring zur Verfügung:



Katharina Kwiring,
GrünBau gGmbH
Unnaerstraße 44
Telefon 0231 8409643

kkwiring@gruenbau-dortmund.de
Mit freundlicher Unterstützung der Vivawest Stiftung gGmbH
www.vivawest.de